

forum



„Empörung“

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in der letzten „forum“-Ausgabe dieses Jahres müssen wir feststellen, dass nicht nur der Unmut unter den Beschäftigten im Bildungsbereich zunimmt sondern auch deren Bereitschaft, mit ihrer Empörung an die Öffentlichkeit zu gehen. In dieser forum-Ausgabe finden sich dazu einige Beispiele aus den Schulformen Berufskolleg, Gesamt-, Grund- und Förderschule. Ab Seite 21 wird der Frage nachgegangen, ob und inwieweit sich diese Unzufriedenheit auch in den Ergebnissen der Personalratswahlen an den Schulen niederschlägt.

Erfreulicheres gilt es zur gerade zu Ende gegangenen Tarifrunde für die beim Bund und den Kommunen Beschäftigten zu berichten. Es ist nicht nur ein wichtiger Schritt, dass die FFF-Bewegung sich mit den Streikenden des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) solidarisiert hat (S. 7). Auch die Tatsache, dass die vom TVöD betroffenen Kolleg*innen sich von der Einschüchterungstaktik der Arbeitgeber nicht noch weiter haben zurückdrängen lassen, ist einen Hinweis wert (S. 11).

Dass das TVöD-Ergebnis in Zeiten des Klimawandels ausgerechnet auf die Kolleg*innen, die den ÖPNV aufrecht erhalten, nicht übertragen werden soll, muss uns allen zu denken geben und sollte zu Schlussfolgerungen anregen. Am Ende steht natürlich immer die Frage, ob nicht mehr drin gewesen wäre. Wieso argumentieren die Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes immer mit Krise, Schulden und leeren Kassen? Sie könnten sich das Geld doch holen, wo es ist.

Nun mag man einwenden, dass die Krise alle trifft. Das „handelsblatt“ schrieb am 7. Oktober 2020 dazu: „[...] auch die Superreichen [bekamen] die Turbulenzen zu Beginn der Coronakrise zu spüren [...] das weltweite Gesamtvermögen der Milliardäre [schrumpfte] zwischen März 2019 und April 2020 um rund 6,6 Prozent auf acht Billionen Dollar. [...] Ab April setzte dann eine Phase der Erholung ein, in der das Gesamtvermögen bis Ende Juli 2020 um rund 28 Prozent stieg“.

Angesichts der Feststellung, dass das Nettovermögen der Ultra-Reichen in Deutschland (nach einem Einbruch zu Beginn der Corona-Pandemie) von März 2019 bis Ende Juli dieses Jahres um fast 100 Milliarden Dollar auf 594,9 Milliarden Dollar gestiegen ist, scheint der Hinweis von Innenminister Seehofer (CSU), man befinde sich mit dem TVöD-Abschluss „an der Grenze des finanziell Verkraftbaren“, relativ.

Ein Beispiel: Folgt man der vor kurzem vom „Manager Magazin“ publizierten Rangliste, dann besitzen die Geschwister Susanne Klatten und Stefan Quandt fast die Hälfte der BMW-Aktien und mussten wegen der Coronakrise Einbußen von gut 1,5 Milliarden Euro hinnehmen. Ihr Privatvermögen sank damit auf „nur noch“ geschätzte 25 Milliarden Euro.

Mit diesen Zahlen wünschen wir euch vorab frohe Weihnachten eure „forum“-Redaktion

6,1

Der TVöD-Abschluss für die rund zwei Millionen Beschäftigten von Bund und Kommunen kostet 6,1 Milliarden. Die zwei reichsten Deutschen, die Erben von ALDI-SÜD, besitzen gemeinsam 41,1 Milliarden Euro.

forum 4-2020

Kooperation / Nachruf	4
Kontakte	5
Klimagerechtigkeit	6
Diensteid-Dilemma	8
Oxfam-Studie	9
TVöD-Abschluss	11
Offener Brief an Minister Stamp	13
PR-Wahl Kita	14
CSD 2020	15

BILDUNGSPOLITIK

Brandbrief Willy-Brandt-GE	16
Brief Nicolaus-August-Otto-BK	18
Ausbildung	19
Ergebnisse: PR-Wahlen 2020	20
Schulentwicklung	24
Interview Aktive Ruheständler*innen	26

GESELLSCHAFT

Mit Bildung gegen Armut?	28
Rückblick: Kommunalwahl NRW	30

INTERNATIONALES

Streik gegen Corona-Nachlässigkeit	32
Aktive Ruheständler*innen	34

BILDUNGSPOLITIK

GEW Köln: Antwort auf den Brandbrief	38
PM vom 21.10.2020: „Ideenlose Schulpolitik“	39



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
facebook.com/gewkoeln/

Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Guido Schönian (verantw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan Schüller, Heiner Brokhausen, Ines Bartenstein

Konto: BBBank eG
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 07

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: FFF Köln

Redaktionsschluss nächste

Ausgabe: Ausgabe 1/2021
Redaktionsschluss: 15.01.2021
Erscheinungstermin: 01.03.2021



Das „Denkmal zur Erinnerung an die Deportierten“ in Yad Vashem erinnert mit einem originalen alten Reichsbahnwagen an die Transporte in die Konzentrationslager. Der Waggon steht über dem Abhang auf einer ins Nichts führenden Brückenkonstruktion.



Die Kölner Universität und die Jerusalemer Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem wollen Lehrkräfte gemeinsam auf die Antisemitismus-Bildung vorbereiten.

Anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome fand am 11. November 2020 eine digitale Zeremonie statt, bei der die Kooperationsvereinbarung zwischen der Universität zu Köln und der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem unterzeichnet wurde. Die Vereinbarung wird die Lehramtsausbildung stärken und die Entwicklung von Lehr-Lern-Ressourcen ermöglichen. Die Kölner Hochschule ist deutschlandweit nun die dritte Universität, die mit der Gedenkstätte Yad Vashem kooperiert. Das Lehr-Lern-Projekt „school is open“ initiierte die Kooperation mit der Gedenkstätte und bietet im Rahmen der Lehramtsausbildung unterschiedliche Formate zur Arbeit gegen Antisemitismus an. Angehende Lehrkräfte aber auch weitere Mitglieder der Universität können fortan an Bildungsseminaren in der Jerusalemer Gedenkstätte teilnehmen. Nicht zuletzt werden die Partner Informationen über aktuelle antisemitische Vorfälle in Deutschland austauschen.

„Die Universität zu Köln legt großen Wert auf Forschung, die Demokratie fördert und Verschwörungsphantasien, Antisemitismus und Hass aufdeckt. Leider wurden auch an der Universität zu Köln im Nationalsozialismus menschenverachtende Verbrechen begangen. Wir setzen uns dafür ein, sie aufzuklären und derer zu gedenken, die verfolgt und ermordet wurden. Mit Yad Vashem haben wir nun einen starken Partner, mit dem wir eine inklusive und demokratische Zukunft gestalten können“, sagte Rektor Axel Freimuth. Für die Universität zu Köln unterzeichnet Rektor Professor Dr. Axel Freimuth, für Yad Vashem Dr. Eyal Kaminka, Lily Safra Chair of Holocaust Education und Leiter der International School for Holocaust Studies (ISHS) in Yad Vashem. Dr. Eyal Kaminka äußerte: „Auch 82 Jahre nach den Novemberpogromen sehen wir ihre historische Bedeutung und Relevanz für Lehrer und Schüler heute. Aus der Holocaust-Forschung wissen wir, dass sich viele hoch gebildete Menschen dem Naziregime nicht widersetzt haben. Mehr noch – sie waren beteiligt an der Verfolgung und Ermordung jüdischer Opfer in dieser dunklen Zeit in unserer nicht allzu fernen Vergangenheit. Die Partnerschaft mit der Universität zu Köln erlaubt uns, uns weiter mit Fragen des Rassismus, des Antisemitismus, unserer Handlungsmöglichkeiten und unserer Verantwortung für die Gestaltung einer besseren Zukunft auseinanderzusetzen.“

Weitere Informationen:

Universität zu Köln, „school is open“: schoolisopen.uni-koeln.de

Yad Vashem: www.yadvashem.org/de/education/about-school/pedagogic-concept.html

Willi Kämper



unser „längstes“ GEW-Mitglied verstarb am 23. August 2020. Willi Kämper trat bereits im August 1956 in unsere GEW ein, also bereits sieben Jahre nach Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1949 und seiner Einzelgewerkschaften. Vielleicht haben ihn die Unruhen im Jahre 1956 mit der blutigen Niederschlagung des Ungarnaufstandes, der Entstalinisierung der Sowjetunion durch Chruschtschow oder die Wiederaufrüstung der beiden deutschen Staaten mit dem Aufbau der Bundeswehr und der NVA dazu bewogen, sich bereits in jungen Jahren einer Gewerkschaft anzuschließen. Willi Kämper war also einer unserer ersten GEW-Mitglieder.

Im August 1968 übernahm Willi Kämper als erster Schulleiter der Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule sein Amt. Durch die Neuordnung im Rahmen der Schulreform wurden 1968 die Volksschulen (Klassen 1 bis 8) aufgelöst und es entstanden Grundschulen für die Klassen 1 bis 4 und Hauptschulen für die Klassen 5 bis 10. Die evangelische Volksschule in Rodenkirchen wurde zur evangelischen Grundschule, übrigens bis heute die einzige in Köln. Dort war Willi Kämper bereits seit 1961 als Lehrer an der Volksschule tätig und übte bis zu seiner Pensionierung 1994 sein Rektorenamt aus.

Mit einer riesigen Feier fand seine Verabschiedung als langjähriger Schulleiter statt. Zum Dank schenkte Willi Kämper allen Kindern der EMA-Grundschule einen Tag „Hausaufgaben-frei“ und engagierte als Abschiedsgeschenk den Pantomimen Milan Sladek, den die ganze Schul-Gemeinde in einer Sondervorstellung anschauen konnte.

Über die Jahre blieb uns Willi Kämper stets treu, auch nach seiner Pensionierung im Jahre 1994. Sein 50stes GEW-Jubiläum feierte er mit uns im Jahre 2006 bei einer szenischen Lesung mit Texten von Heinrich Heine als politischem Publizisten bei kölschem Büffet in der Alten Feuerwache. Zuletzt begrüßten wir Willi Kämper als Ehrengast auf der Jubilar- und Aktivfeier 2015 im Bürgerhaus Stollwerck, wo er mit Dorothee Schäfer, der damaligen Vorsitzenden der GEW NRW, ausführlich über alte Zeiten plauderte.

Mit Willi Kämper verlieren wir einen der ersten Weggefährten unserer Gewerkschaft. Wir werden sein Andenken in Ehren halten und wünschen der Familie ganz viel Kraft in dieser schweren Zeit.

Foto: Klaus-Peter Kämper

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204, joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wesseler, 0241-911326, thomaswesseler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812, maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer, lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch, klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094, peter.heim@posteo.de

Hannes Kuhlmann, hannes.kuhlmann@koeln.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318, schuette-martina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788, a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633, fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354, heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein, 0221-9458678, andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291, karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein, anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167, mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647, katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327, elkegoergen@web.de

SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann, 0177-8239728, timohemmesmann@gmx.de

Maren Bennemann, 0221-3559177, maren.bennemann@hotmail.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber, brunhilde.seeber@icloud.com

Rainer Jettke, rainer.jettke@koeln.de

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869, klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer, 0221-763379, nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448, abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst, merlot7@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek, 02232-29833, skeide_panek@web.de

Henning Frey, henning.m.frey@web.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930, bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326, b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach, martin.mackenbach@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder, tredersilvia@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869, taschkale@gmx.de

OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener, a.kloeckener@online.de

Hans Raatz, raatz_hans@hotmail.com

ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200, uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722, klaus.minartz@gmail.com

Stefan Schüller, stefan.schueller@gmx.net



„Fridays for Future“ sind wieder da!

Bericht vom sechsten globalen Klimastreiktag in Köln

Ende September folgten 10.000 Menschen dem Aufruf von FFF und einem breiten gesellschaftlichen Bündnis, wieder für das Klima auf die Straße zu gehen. // **Ines Bartenstein, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Durch die Corona-Pandemie war es still geworden um die Klimabewegung, deren wichtigster Motor „Fridays for Future“ (FFF) ist. Doch mit einer ganzen Reihe von Aktionen im September haben sich die Klimaaktivist*innen unüberhörbar zurückgemeldet. Den Auftakt bildete eine Demonstration am 4.9., bei der die Schüler*innen vor der Kommunalwahl auf ihre Forderungen aufmerksam machten.

Am 25.09. fand dann der sechste globale Klimastreiktag unter dem Motto #KeinGradWeiter statt. Aufgerufen hatten dazu neben FFF auch das „Solidarische Klimabündnis“, in dem neben den „Parents for Future“, den „Students for Future“ und anderen Klimagerechtigkeitsgruppen auch die GEW und ver.di vertreten sind. Dem Aufruf folgten 10.000 Menschen in Köln, überwiegend junge Demonstrant*innen, aber auch Familien mit Kindern und ältere Menschen, die sich Sorgen um die Zukunft des Planeten machen.

Forderungen nach einer Verkehrswende, die neben dem massiven Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auch bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne beinhaltet, wurden ebenso erhoben wie die Forderung nach einem sofortigen Kohleausstieg und einem solidarischen Strukturwandel im Rheinland. Unterstützung wurde auch signalisiert für die Proteste im Braunkohlerevier „Alle Dörfer bleiben“, die für den Tag darauf am Tagebau Garzweiler angesetzt waren.

Die Demonstration fand unter Beachtung eines strengen Hygienekonzepts statt. Neben der Maskenpflicht sorgten die Organisator*innen durch auf den Boden gemalte Linien dafür, dass sich der Demonstrationszug in 10er-Reihen auf Abstand aufstellte, was während der Demo, aber auch bei der Abschlusskundgebung gut funktionierte.

Diese erste wirklich große Demonstration in Köln in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt, wie viel Resonanz die Forderungen der Klimabewegung haben. Dass sie noch mehr Macht und Wirksamkeit entfalten, dafür muss sich die GEW weiter einsetzen.



Nächster Halt: Klimagerechtigkeit – Für mehr NahFairkehr! FFF solidarisiert sich mit Beschäftigten im ÖPNV



Fridays For Future“ und die Gewerkschaft ver.di haben auf Bundesebene eine Allianz für bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und für Klimagerechtigkeit gebildet. // **Ines Bartenstein, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Anlass für diese Allianz ist die Tarifrunde Nahverkehr (TV-N), bei der es vor allem um den Abschluss eines bundesweiten Rahmentarifvertrags geht und somit auch um einheitliche sowie verbesserte Arbeitsbedingungen (z.B. zu Fragen der Arbeitszeit, Eingruppierung und Sonderzahlungen).

Für die Klimagerechtigkeitsbewegung ist klar, dass eine sozial-ökologische Verkehrswende unabdingbar ist für den Klimaschutz. Doch diese Verkehrswende ist nur machbar, wenn der ÖPNV massiv ausgebaut wird und wenn attraktivere Arbeitsbedingungen dem Personalmangel entgegenwirken.

Besondere Belastung durch Corona

Während des Lockdowns haben die Beschäftigten den Nahverkehr aufrechterhalten und uns gezeigt, wie wichtig ihre Arbeit ist. Nicht zuletzt dafür verdienen sie Anerkennung, die sich nicht bloß auf Dankeschön-Plakate und Klatschen vom Balkon beschränkt. Nach dem Motto „Beifall war gestern“ (taz 21.09.20) mauert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe jedenfalls.

FFF solidarisiert sich mit den Beschäftigten

Die Kölner FFF-Gruppe hat im September und Oktober eine Reihe von Aktionen zur Solidarität mit den Beschäftigten durchgeführt. Zum Auftakt der Tarifverhandlungen fand am 18.9. eine Kundgebung auf dem Neumarkt statt. An mehreren Streiktagen im September und Oktober fuhren kleine Gruppen von Klimaaktivist*innen mit dem Rad von Betriebshof zu Betriebshof, um bei Kundgebungen ihre Unterstützung für die Beschäftigten zu signalisieren. Und auch an der Streikkundgebung von ver.di am 20.10. auf der Deutzer Werft beteiligte sich FFF Köln.

Vor ein paar Jahren noch unvorstellbar, jetzt aber Realität: Wenn die Klimabewegung ihren Blick weitet und Gewerkschaften realisieren, dass sie in dieser Bewegung aktive Unterstützung für ihre Anliegen bekommt, dann nützt es beiden. Gewerkschaften müssen die ökologische Frage stärker fokussieren, die Klimabewegung muss dafür kämpfen, dass ein ökologischer Umbau der Gesellschaft nicht auf dem Rücken der Beschäftigten geschieht



04. Oktober 2020



Pressemitteilung Teachers for Future Germany

Realpolitik versus Dienstleid - Teachers for Future starten eine Kampagne am Welttag der Lehrerin und des Lehrers

Lehrkräfte vermitteln nicht nur Fachwissen, sondern haben sich darüber hinaus verpflichtet, Schüler*innen auch die Wertebasis unseres Staates nahezubringen. Gleichzeitig erleben sie immer wieder, wie zentrale Werte unseres Grundgesetzes in politischen Entscheidungsprozessen ganz offenkundig unter den Tisch fallen. Besonders deutlich wird dies im Kontext der Klimakrise.

Mit einem offenen Brief an die Landesregierungen und die staatlichen Bildungsinstitutionen starten die Teachers for Future Germany am 5. Oktober 2020, dem diesjährigen Weltlehrer*innentag, die Kampagne „Dienstleid-Dilemma“. Nicht nur Lehrkräfte, sondern alle Personen, denen eine glaubwürdige und nachhaltige Bildung am Herzen liegt, können die Kampagne durch ihre Unterschrift unterstützen und die Politik zum Dialog auffordern.

Um Verantwortung für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zu übernehmen, wie dies etwa in Artikel 20a des Grundgesetzes festgeschrieben ist, bedürfte es von Seiten der Politik erheblich weitreichenderer Maßnahmen, so die Teachers for Future. Gerne würden sie den Schüler*innen erklären, dass von Seiten der Politik alles dafür getan werde, den jungen Menschen einen intakten Planeten zu hinterlassen. Dies sei gegenwärtig nicht möglich. Lehrer*innen, die, insbesondere im Beamtenstatus, dem Staat in gewissem Maße auch zur Loyalität verpflichtet sind, kommen hier zunehmend in Erklärungsnot.

In der Initiative Teachers for Future Germany finden sich bundesweit Lehrer*innen zusammen, die die Forderungen der Fridays for Future-Bewegung unterstützen. Auf pädagogisch-didaktischer Ebene engagieren sich die "Teachers" für eine Bildung für nachhaltige Entwicklung, die die Jugendlichen dazu befähigt, den Transformationsprozess hin zu einer klimagerechten Gesellschaft mitzugestalten.

Wer die Kampagne unterstützen möchte, hat ab dem 5. Oktober die Möglichkeit, den Offenen Brief unter www.schoolsforfuture.net/de/petition zu unterzeichnen.

#dienstleidilemma

Pressekontakt

Nora Oehmichen
oehmichen.nora@gmx.de
Telefon 0151 17 27 18 36



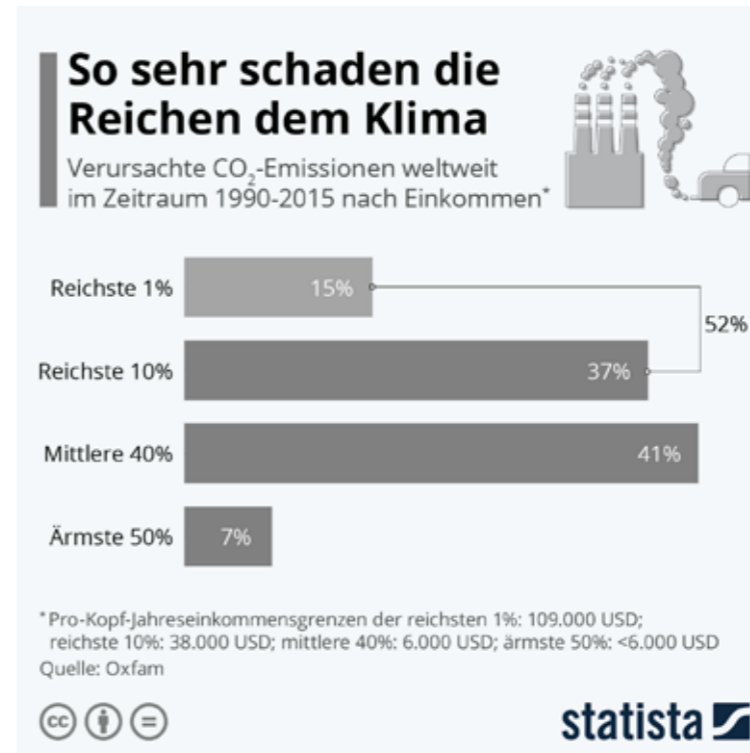
DIENSTEID-DILEMMA
TEACHERS FOR FUTURE

Besteht ein „Dienstleid-Dilemma“?

Artikel 20a des Grundgesetzes der BRD besagt: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen [...] durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.“

Die „Teachers for Future“, ein bundesweiter Zusammenschluss von Lehrkräften, die die Forderungen der FFF-Bewegung unterstützen, wünscht sich „von Seiten der Politik erheblich weitreichendere Maßnahmen“ in diesem Sinne. Wir veröffentlichen an dieser Stelle ihre aktuelle Pressemitteilung und legen die Beteiligung an ihrer Petition allen ans Herz.

// Die „forum“-Redaktion



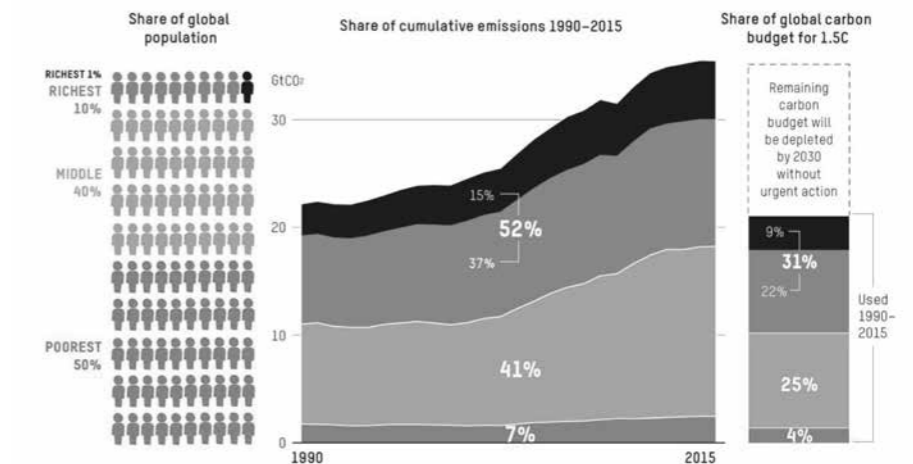
Klimawandel wirft soziale Frage auf: Hälfte der Menschheit ist sauberer als das reichste Prozent!

Zwischen 1990 und 2015 war das reichste Prozent der Weltbevölkerung für CO₂-Emissionen verantwortlich, die dem Doppelten der Menge entsprachen, die auf die ärmere Hälfte der Menschheit zurückzuführen ist. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Die Gegenüberstellung der Treibhausgas-Emissionen entstammt einer gemeinsamen Studie von OXFAM und dem „Umweltinstitut Stockholm“. Demzufolge wird die Kluft sogar noch größer. In o.g. Zeitraum von 25 Jahren kam es zu einer Zunahme des Gesamtausstoßes im Umfang von 60 Prozent. Betrachtet man die Entwicklung der Emissionen, die auf das reichste Prozent der Weltbevölkerung zurückgehen, so war die Zunahme um den Faktor drei größer als im Falle der ärmeren Hälfte der Welt.

Dass das Klima ernsthaft bedroht ist, ist nicht mehr zu leugnen. Extreme Wetterphänomene, Dürren, Flächenbrände und andere Folgen der Klimaveränderung haben ein Ausmaß erreicht, dass nicht mehr zu übersehen ist. Teile der Welt drohen unbewohnbar zu werden. Zu den Opfern der Extremwetter-Bedingungen zählen vor allen die „einfachen“ Beschäftigten und die Mittellosen. Das reichste eine Prozent kann es sich hingegen erlauben, auf sichere Unterkünfte zurückzugreifen und diese zu finanzieren. Man

Figure 1: Share of cumulative emissions from 1990 to 2015 and use of the global carbon budget for 1.5C linked to consumption by different global income groups



Per capita income threshold (SPPP2011) of richest 1%: \$109k; richest 10%: \$38k; middle 40%: \$6k; and bottom 50%: less than \$6k. Global carbon budget from 1990 for 33% risk of exceeding 1.5C: 1,205Gt.

Vokabelliste: share of global population = Anteil an der Weltbevölkerung; share of cumulative emissions = Anteil am Gesamt-Ausstoß; share of global carbon budget for 1.5° C = Anteil am weltweiten CO₂-Ausstoß, wenn der Temperaturanstieg unter 1,5° C bleiben soll. Oxfam

Figure 5: Main categories of consumption among highest emitters in the EU (2010)³⁰



Purer Luxus als Hauptgrund für die immensen CO2-Emissionen der Reichen und Super-Reichen

Oxfam

Klima-Frage ist soziale Frage

Die OXFAM-Studie bestätigt, dass die Frage des Klimas auch eine soziale Frage ist. Die Marktwirtschaft führt stetig zu noch größerer Ungleichheit – auch in puncto Auswirkungen des Klimawandels. Dieses ökonomische und politische System ist offenbar nicht in der Lage, die Erderwärmung aufzuhalten. Es reicht auch keine drastische Veränderung des individuellen Konsumverhaltens mehr – wie im Falle der Corona-Pandemie. Denn auch damit wäre eine globale Erwärmung nicht mehr unter der 1,5 Grad-Marke zu halten. Wenn man das Produktionssystem nicht angeht, dann wird es auch keine angemessene Antwort auf den Klimawandel geben. Und es wird sogar unmöglich sein, die Folgen der bereits spürbaren Veränderungen noch aufzufangen oder gar einzudämmen.

Wer stellt was wie her und zu welchem Zweck? - Das müssen wir klären!

Im Zuge der jüngsten Protestbewegungen kommt immer öfter zur Sprache, dass das System selbst ein Problem darstellt. Bei den Klimaprotesten heißt es: „System change, not climate change!“ („Systemwandel statt Klimawandel!“). Der Slogan bei den Protesten von „Black Lives Matter“ lautet:

Link zur OXFAM-Studie:

<https://www.oxfam.de/system/files/documents/20200921-confronting-carbon-inequality.pdf>

Link zur Zusammenfassung von OXFAM Deutschland:

<https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>

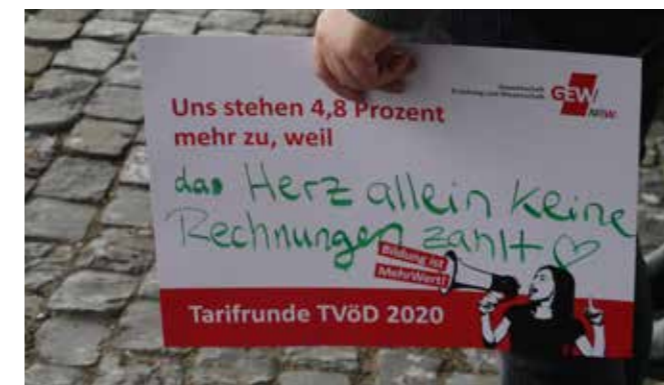
„The whole system is guilty“ (Das ganze System ist schuldig). Das ist ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung, der zeigt, dass das Kernproblem erkannt wird. Als Gewerkschafter*innen sollten wir noch einen Schritt weiter gehen, das heutige System in Frage stellen, uns organisieren und zum Schutze unserer Lebensgrundlagen demzufolge die wesentliche Frage beantworten: Wer stellt was wie her und zu welchem Zweck?

Wir brauchen eine Gesellschaft, in der die Bedürfnisse der Bevölkerungsmehrheit im Mittelpunkt stehen – nicht die Bedürfnisse einer winzig kleinen Minderheit, die in der EU Schätzungen zufolge für 75 Prozent des Energieverbrauchs allein im Bereich der Luftfahrt verantwortlich zeichnet!

denke beispielsweise an die Super-Reichen, die sichere Häuser in Neuseeland aufkaufen, da sie davon ausgehen, dass die Folgen des Klimawandels dort am wenigsten spürbar sein sollen.

Sind Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels zwangsläufig unsozial?

Allzu oft wird davon ausgegangen, dass Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels immer unsozial sein müssen. Die Erfahrung mit den Maßnahmen, die – auch unter Beteiligung „grüner“ Parteien – von Regierungen umgesetzt worden sind, verstärkt diese Annahme natürlich. In Europa sind etliche „grüne“ Parteien aus echter Sorge um den Zustand von Natur und Umwelt heraus entstanden. Doch häufig geschah dies, ohne die Schlussfolgerung zu ziehen, dass diese Sorge im Zusammenhang steht mit der Art und Weise wie in der (kapitalistisch ausgerichteten) Marktwirtschaft produziert wird. Die Offensive der neoliberalen Ideologie in den 1990er Jahren sorgte dafür, dass von den „grünen“ Parteien kaum noch Systemkritik geübt wurde. Das Ergebnis sind Beiträge, die unzulänglich waren, um die Klimaproblematik wirklich anzugehen und die darüber hinaus in erster Linie die „einfachen“ Beschäftigten negativ betrafen. Jede Form von Ökosteuer oder auch die „Umweltzonen“ treffen nicht die großen Konzerne und ihre reichen Anteilseigner*innen, die zum reichsten Prozent der Weltbevölkerung zählen mögen, sondern viel stärker die „einfachen“ Arbeitnehmer*innen.



TVöD 2020

Die GEW forderte gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes eine Gehaltssteigerung von 4,8 Prozent, mindestens aber 150 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten. // „forum“-Redaktion

Auch für die überfällige Angleichung der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland machten sich die Gewerkschaften stark. Erst spät legten Bund und Kommunen ein Angebot vor, das die Gewerkschaften als völlig unzureichend ablehnten. Es beinhaltete lediglich insgesamt 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt gestaffelt in drei Jahresstufen, d.h. eine lange Laufzeit von 36 Monaten.

So riefen die Gewerkschaften erneut zu Warnstreiks vor der dritten Verhandlungsrunde in ganz Deutschland auf. In Zeiten der Pandemie waren neue Streik-Aktionsformen gefragt, weshalb beispielsweise Mainzer Erzieher*innen stellvertretend Playmobil-Figuren

zur dortigen Kundgebung am 20.10.2020 schickten, denen sie aufwendig kleine Forderungsplakate, Fahnen und GEW-Streikhemden gebastelt hatten.

In NRW konnten sich Kolleg*innen an einer „Mitmach-Aktion“ beteiligen und ihre eigenen Forderungskarten gestalten, aus der dann eine digitale Pinnwand erstellt wurde. In Köln fanden am 14.10. und 20.10. Demonstrationen unter strengen Corona-Sicherheitsmaßnahmen an der Deutzer Werft statt.

Wir möchten uns an dieser Stelle bei allen Streiker*innen bedanken – trotz Pandemielage und schlechten Wetters war die Streikbereitschaft und die Streikbeteiligung der GEW-Mitglieder hoch!

Foto: Nina Goerges, Lenny Liebig, Jutta Jilg

Alle Infos zur Tarifrunde findet ihr auf unserer Internetseite: <https://www.gew.de/troed2020/>

Tarifrunde TVöD 2020 – Das Ergebnis

Nach einer langen dritten Verhandlungsrunde am 22. und 23. Oktober haben sich die Gewerkschaften mit der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) in den Tarifverhandlungen TVöD 2020 geeinigt.



Eine Zusammenfassung des Tarifergebnisses:

- 300 bis 600 Euro steuerfreie Corona-Prämie noch im Jahr 2020
- 1,4 % mehr Gehalt zum 1.4.2021, mindestens aber 50 Euro – 25 Euro für Auszubildende sowie Praktikant*innen
- 1,8 % mehr Gehalt zum 1.4.2022 – 25 Euro für Auszubildende sowie Praktikant*innen
- Die Jahressonderzahlung wird für kommunale Beschäftigte in den Entgeltgruppen S 2 bis S 9 bzw. EG 1 bis 8 wieder erhöht: In den westlichen Ländern um fünf Prozentpunkte in 2022, in den östlichen Ländern um zwei Prozentpunkte in 2022 und drei Prozentpunkte in 2023.
- Arbeitszeitleistungs Ost: 39,5 Stunden ab 2022, 39 Stunden ab 2023

Ist das ein guter Abschluss?

Das Ergebnis ist auf jeden Fall respektabel - unter den schwierigen Bedingungen der Pandemiezeit.

Ja - die Gewerkschaften hatten mehr gefordert, und die Beschäftigten haben für ihre

großartige Arbeit - nicht nur in diesem besonderen Jahr - mehr verdient.

Aber: Es wurde eine Gehaltssteigerung erreicht, auf jeden Fall ein Erfolg in diesem besonderen Jahr. Der Arbeitgeber hatte sich hier eine Nullrunde vorgestellt. Dabei werden die Beschäftigten die Corona-Prämie direkt in ihrem Portemonnaie spüren. Bei Erzieher*innen, die in der S 8a eingruppiert sind, wird das z.B. ein Betrag von 600 Euro sein, bei einer Eingruppierung in S 9 bis S 18 erhalten die Beschäftigten 400 Euro Prämie. Auch die Jahressonderzahlung wurde wieder erhöht.

Der Arbeitgeber wollte in dieser Tarifrunde den Begriff des „Arbeitsvorgangs“ in § 12 TVöD neu definieren. Das hätte für einige Beschäftigte zu einer schlechteren Eingruppierung führen können. Diese Forderung konnten die Gewerkschaften erfolgreich abwehren!

Ein kleiner Erfolg ist die Abwendung der sehr langen Laufzeit, die der Arbeitgeber in seinem ersten Angebot kurz vor der dritten Tarifrunde angeboten hatte. Die Laufzeit des Tarifvertrages sollte hier bis Ende 2023 betragen. Jetzt wurde sich auf eine Laufzeit bis Ende 2022 geeinigt. Alle erfahrenen Streiker*innen sehen hier allerdings sofort

einen weiteren Nachteil - der nächste Streik wird leider im Winter stattfinden ...

Für alle Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst ist abschließend noch zu sagen: Eigentlich wäre es in diesem Jahr wieder um die Frage der Aufwertung der Berufe des Sozial- und Erziehungsdienstes gegangen. Diesen zweiten Tarifkampf dieses Jahr ebenfalls zu führen, war aber einfach nicht möglich. Alle Erfolge in diesem Bereich wurden in den letzten Jahren durch längere Streikphasen erreicht. Dies wäre dieses Jahr nur schwer vorstellbar gewesen. Nach der langen Zeit des Lockdowns im Frühjahr wäre eine erneute längere Schließung der Kitas sowohl den Eltern als auch der Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar gewesen. Aber: Aufgeschoben heißt nicht aufgehoben! Der Kampf um die Aufwertung der Berufe im Sozial- und Erziehungsdienst wird auf jeden Fall wieder aufgenommen werden!

Offener Brief zum Artikel „47 Kinder erkrankten an Corona“ im KStA

Am 9. September 2020 erschien im Kölner Stadtanzeiger ein Artikel, der eine Kölner GEW-Kollegin zu einem Offenen Brief an Joachim Stamp (FDP) veranlasste. Er ist stellvertretender NRW-Ministerpräsident und Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration.

// Ein Mitglied der Kölner GEW aus dem Bereich Grundschule

Sehr geehrter Herr Minister Stamp,

jetzt muss auch ich mir, genauso wie Sie, endlich einmal Luft verschaffen:

Ich bin empört über das Lehrer*innen-Bashing, welches Sie seit Monaten in den Medien betreiben.

Ich arbeite seit über 30 Jahren als Sonderpädagogin in Förder- und Grundschulen in Düsseldorf und Köln und habe [...] einen sehr guten Einblick in viele Kölner Grundschulen.

Die Mehrzahl der Kolleg*innen arbeitet höchst engagiert und versucht mit den geringen Ressourcen, die vom Land zur Verfügung gestellt werden, den maroden Schulgebäuden in der Stadt Köln, den großen Klassen und den ständig erweiterten Herausforderungen, welche die Beschulung und mehr und mehr auch die Übernahme von Erziehungsaufgaben mit sich bringen, die bestmögliche Förderung aller Kinder anzubieten.

Diese Arbeit wurde selbstverständlich auch in Zeiten des Lockdowns und der Wiedereröffnung der Schulen nur auf andere Art und Weise erledigt:

Kolleg*innen packten Material-Päckchen und fuhren diese im Privat-PKW oder mit dem Rad durch das Viertel, Arbeitsmaterial wurde verschickt, diverse Materialien wurden zusammengestellt und wöchentlich mit Abstand zur Abholung auf dem Schulgelände bereit gestellt, unzählige Telefongespräche sowie Mails gingen zwischen den Familien und den Lehrkräften hin und her und einige Kolleg*innen hielten auch per Videokonferenz den Kontakt zu den Kindern. Dieses geschah selbstverständlich mit den privaten Endgeräten, da wir Lehrkräfte bekanntlich immer noch nicht über eine Ausstattung mit dienstlichen Endgeräten verfügen. Darüber hinaus gab es auch die Betreuungsverpflichtung während der Osterferien und an einigen Wochenenden. Selbstverständlich wurde auch weiterhin am Wochenende vorbereitet und korrigiert, was natürlich nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, da wir dies ja Zuhause tun und nicht am nicht vorhandenen Arbeitsplatz in den Schulen. Die im Übrigen, wie Sie vielleicht nicht wissen, vielfach geschlossen waren während des Lockdowns, sodass die Lehrkräfte, wie zum Beispiel mein Mann, keinen Zugang erhielten!

Diese Liste ist selbstverständlich nicht vollständig.

Die Krönung ist darüber hinaus, dass Kolleg*innen durch Schulleitung ausdrücklich untersagt wurde, weiterhin per Mail mit Eltern zu kommunizieren, da dies den „Wettbewerb verzerrt“.

Da frage ich Sie jetzt: Was sollen wir noch tun?

Wie in jeder anderen Berufssparte, gibt es sicherlich auch unter den Lehrkräften Personen, die sich weniger engagieren, aber dennoch müssen wir nicht vor Dankbarkeit durch die „Hallen unserer Schulgebäude rutschen“, nur weil wir einen sicheren Arbeitsplatz vorfinden (O-Ton aus dem Schulamt).

Ich denke, dass die Mehrheit unserer Kolleg*innen tatsächlich sehr dankbar ist für diesen Arbeitsplatz, vor allem im Hinblick auf die Menschen, die sich zum Beispiel in Kurzarbeit befinden oder ihre Existenzgrundlage aufgrund der Corona-Krise verloren haben. Dennoch bin ich der Meinung, dass auch Lehrkräfte anständige Arbeitsbedingungen vorfinden müssen und Wertschätzung erfahren dürfen. Gleichzeitig sollte ein sicherer und fair bezahlter Arbeitsplatz für alle Menschen selbstverständlich sein.

„Selbstverständlich wurde auch weiterhin am Wochenende vorbereitet und korrigiert, was natürlich nicht in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, da wir dies ja Zuhause tun und nicht am nicht vorhandenen Arbeitsplatz in den Schulen.“

Noch eine Frage:

Wie sieht es beispielsweise mit der Arbeit in den Finanzämtern und Straßenverkehrsämtern aus? Ich warte seit 7 Monaten auf meine Steuerrückzahlung und muss mir anhören, dass wegen Corona im Homeoffice nicht entsprechend gearbeitet werden konnte, auch im Straßenverkehrsamt verzögern sich Prozesse, sodass sowohl Privatleute als auch Autohäuser ihre PKWs nicht zulassen können. Hier gibt es sicherlich noch

viele weitere Beispiele. Habe ich je etwas ähnlich Diskreditierendes oder Abwertendes von Ihnen wie über die Lehrkräfte über die Mitarbeiter*innen in diesen Bereichen in den Medien gelesen oder gehört? Ich glaube nicht!

Das ist auch gut so, denn ich bin überzeugt, alle geben in diesen Zeiten der Krise ihr Bestes und leisten ihren Beitrag, um diese gemeinsam zu bewältigen.

Im Übrigen halte ich diese ständige negative Bewertung auch nicht für erstrebenswert, denn nicht nur im Pädagogik-Studium habe ich gelernt, dass solche Äußerungen bzw. Haltungen wenig wertschätzend und zielführend sind. Im Gegenteil: Sie sind demotivierend und werden trotz millionenschwerer Imagekampagne durch die Landesregierung keine jungen Leute dazu bewegen, ein Lehramtsstudium zu ergreifen, vor allem nicht im Grundschulbereich, wo die Bezahlung immer noch nicht auf eine angemessene Besoldung nach A 13 angehoben wurde. Der eklatante Lehrkräftemangel wird sich durch diese Politik nicht entschärfen lassen. Wer möchte schon gern als „fauler Sack“ bezeichnet werden und dann auch noch weniger verdienen als andere mit gleicher Ausbildung?

„Setzen, 5!“, hätte man mir in meiner Ausbildung dazu gesagt!

Abschließend noch eine Anmerkung:

Wir Lehrerinnen und Lehrer haben übrigens auch niemals öffentlich gefragt, was Sie und Frau Ministerin Gebauer freitagsabends getan haben, während Tausende von Schulleitungen in NRW vor ihren Privatrechnern ausgeharrt haben – über Dienstgeräte verfügen auch sie nicht – um auf die neue Schulmail zu warten, deren Umsetzung von der Landesregierung bis zum Montag erwartet wurde.

Dies gehört sich selbstverständlich nicht, denn auch Sie haben genau wie alle anderen Menschen ein Recht auf eine geschützte Privatsphäre und eine Erholung im Sinne des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, damit die anfallenden Aufgaben erledigt werden können.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen und würde mich über eine Antwort freuen

GEW Köln mit Kandidatin bei Personalratswahl im KITA-Bereich dabei

Seit vier Jahren sind wir nun als GEW im Personalrat Kita vertreten. Damit können auch GEW-Anliegen im Personalrat direkt eingebracht werden. Gleichzeitig sind wir auch besser informiert, an welchen Punkten der Personalrat gerade arbeitet. // **Eva Aryabi, Fachgruppe Kita und sozialpädagogische Berufe der GEW Köln**



Als mittlerweile festes Mitglied des Personalrates werde ich mich weiterhin für die Belange der Beschäftigten einsetzen und auch die Zusammenarbeit zwischen den Schwestergewerkschaften weiter verfolgen.

Beruflicher Werdegang und Erfahrung in unterschiedlichsten Bereichen

Meine Ausbildung zur Erzieherin habe ich in Marburg an der Lahn in Hessen absolviert und dort auch mein Anerkennungsjahr an der Uni-Kinderklinik abgeschlossen. Während meiner Ausbildung legte ich verstärkt Schwerpunkte auf die Elementar- und Behindertenpädagogik und entwickelte bereits den Wunsch, dies später beruflich umzusetzen und mit chronisch kranken und andersfähigen Kindern zu arbeiten.

Nach Beendigung meines Anerkennungsjahres (1986) gab es eine „Erzieher*innenschwemme“ – heute nicht vorstellbar!

Nach drei Monaten und einer deutschlandweiten Suche fand ich meine erste Arbeitsstelle in einem privat geführten Kinder- und Jugendwohnheim für Menschen mit Behinderungen in Bayern. Zwei Jahre leitete ich dort eine gemischte Gruppe von Jugendlichen und Erwachsenen. Allerdings waren die Betriebs- und Arbeitsbedingungen unter der privaten Führung nicht immer einfach.

Nach dreieinhalb Jahren Wohnbereich wechselte ich dann vor Ort in eine Förderschule „zur individuellen Lebensbewältigung“ (GB-Förderschule). In diesem Rahmen bekam ich die Möglichkeit, eine Zusatzausbildung zur Heilpädagogin im Förderschuldienst zu absolvieren. Der Träger dieser Schule war die Diakonie und ich habe die ersten zwei Jahre mit Sonderpädagog*innen im Klassenverband gearbeitet. Mit Beginn einer Zusatzausbildung bekam ich eine eigene Klassenführung und wurde später Gruppenleiterin in einer SVE. Hier in NRW war dies bekannt als heilpädagogische Gruppe im Vorschulbereich. Bei der Diakonie habe ich dann auch für die Mitarbeitervertretung kandidiert. Ich bin dort gewählt worden und war dann für etwa drei Jahre aktiv.

Umzug nach Köln

Danach habe ich aus privaten Gründen meinen Dienst beendet und bin in Köln gelandet. Hier habe ich mir gezielt wieder ein neues Arbeitsfeld erschlossen. Dabei habe ich zwei Ziele verfolgt: Ich wollte einen kommunalen oder staatlichen Arbeitgeber und eine Arbeit in einem integrativen Kindergarten. Im November 2000 erhielt ich eine Einstel-

Kita-Personalratswahl 2020

GEW NRW

EVA ARYABI
GEW-Kandidatin
auf Platz 8 der
ver.di-Liste

PERSONALRAT

Anfangs als Vertretung und seit 2018 als ständiges Mitglied des Personalrats Kita habe ich mich schnell eingearbeitet und bin euch seitdem eine verlässliche und kompetente Ansprechpartnerin.

Zur Personalratswahl Kita 2020 haben wir uns erneut auf eine gemeinsame gewerkschaftliche Liste zwischen ver.di und GEW geeinigt.

Ich stehe als GEW-Kandidatin auf Platz 8 der ver.di-Liste und bitte um eure Stimme.

AUFGABEN & ZIELE

Dafür setze ich mich im Personalrat ein:

- Arbeits- und Gesundheitsschutz, gerade in dieser schwierigen Corona-Zeit
- Überprüfung der Eingruppierung und Einstufung der Kolleginnen und Kollegen
- Hilfe bei arbeitsrechtlichen Fragen

ÜBER MICH

Zum zweiten Mal kandidiere ich für den Personalrat und möchte mich kurz vorstellen:

Seit 2000 arbeite ich als Erzieherin in einer städtischen Kita in Köln-Chorweiler, seit 2013 in Leitungsfunktion.

In der GEW bin ich seit 2009 aktiv. Ich engagiere mich in unserer Fachgruppe Kita und bin Mitglied in der GEW Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst für die GEW NRW.

KONTAKT

Eva Aryabi
Telefon (d): 0221 7940982
E-Mail: eva.aryabi@stadt-koeln.de

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) • Stadtverband Köln • Hans-Böckler-Platz 1 • 50672 Köln
Telefon (0221) 516267 • E-Mail: kontakt@gew-koeln.de • www.gew-koeln.de • FB: @gewkoeln

lung in einer damals integrativen städtischen Kita in Köln-Chorweiler. Angefangen habe ich im Gruppendienst und war dort viele Jahre tätig. Dann entstand der Wunsch, mich nochmals zu verändern und ich habe an einer Qualifizierung für Führungskräfte teilgenommen. Jetzt bin ich seit September 2013 in einer Leitungsfunktion tätig.

Beruf im Wandel bei drastisch gesteigerter Arbeitsbelastung

Das Berufsfeld der Erzieherin/des Erziehers hat sich in den letzten zehn bis 15 Jahren sehr verändert und befindet sich immer noch im Wandel. Ich begrüße die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen weg von dem alt gewohnten Kindergarten hin zu einer Bildungsstätte. Es ist hilfreich, dass es mittlerweile in aller Munde ist, wie wichtig diese frühkindliche Bildung ist. Weiterhin ist es mir wichtig, sich für die Veränderungen im Kita-Bereich einzusetzen. Das fängt bei den Gruppengrößen und dem Erzieher*innenschlüssel an, geht über häufig fehlende Räumlichkeiten und endet immer noch bei einer schlechten Bezahlung der Frühpädagog*innen. Auch die Arbeitsbelastungen sind mit der Umsetzung des KiBiz-Gesetzes in NRW drastisch gestiegen. Die besonderen Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen in diesen Pandemiezeiten sorgen ebenfalls für zusätzlichen Arbeitsaufwand.



LSBTI*Q Menschenrechte schützen - von der Kita bis zur Hochschule!

Nachdem die Corona-Pandemie den diesjährigen CSD im Juli verhindert hatte, fand am 11. Oktober 2020 im Rahmen des ColognePride die CSD-Demonstration in Form einer Fahrrad-Sternfahrt statt. Das Motto 2020 lautet: „Für Menschenrechte“. Auch die LSBTI*-Lehrkräfte der GEW NRW nahmen an der Demonstration teil. Sie setzten ihren Akzent auf: LSBTI*Q Menschenrechte schützen - von der Kita bis zur Hochschule! Denn: im Jahr 14 nach Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) gibt es immer noch keine AGG-Beschwerdestellen für Lehrkräfte, immer noch keinen Diskriminierungsschutz für Lernende im Schulgesetz, fehlt immer noch die Abbildung gesellschaftlicher Vielfalt als Kriterium in Erlass und Verfahren zur Schulbuchzulassung usw. Es bleibt also weiterhin wichtig, sichtbar zu sein!

Auszug der LSBTI*Q-Forderungen für den Bildungsbereich:

- Bildungsmedien: Anpassung von Erlassen sowie Gespräche des MSB mit den Schulbuchverlagen
- Einführung von Antidiskriminierungsbeauftragten an Schulen
- Herausgabe eines Grundschulkooffers
- Erhöhung der Abordnungen für die Tätigkeit der Bezirkskoordinatoren für Schule der Vielfalt
- Zusätzliche Schwerpunktförderung von SCHLAU und Schule der Vielfalt in ländlichen Räumen
- Mittelbereitstellung und Beauftragung einer NRW-Studie
- Beschluss über ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz (LADG) für NRW
- Einrichtung von Beschwerdestellen/Beschwerdemanagement

Lehrerrat der WBG



Willy-Brandt-Gesamtschule
Im Weidenbruch 214 - 51061 Köln

Köln, den 22.09.2020

Brandbrief bzgl. der aktuellen Coronamaßnahmen an Schulen der Sekundarstufe in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum wiederholten Male kamen die relevanten Informationen zum weiteren Vorgehen bzgl. der Coronamaßnahmen in der Schule erst über die Medien und dann als Schulmail zu uns. Letztere Rundmail (msb2008_3101 - Informationen zum Schulbetrieb in Corona-Zeiten ab dem 1. September 2020, verschickt am 31.08.2020, nachmittags) war, leider erst kurzfristig gegen 16h am Vortag des Inkrafttretens des neuen Beschlusses versendet worden. Somit blieb keine Zeit, um über die Auswirkungen dieser Entscheidung zu diskutieren.

Lehrer*innen sollen ihre Schützlinge zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen, selbst aber bitte bloße Befehlsempfänger und -ausführende bleiben. Schulleitungen können ihrer Fürsorgepflicht für die Kollegien nicht nachkommen, weil sie verpflichtet werden ihre Lehrkräfte einem unnötig erhöhten Infektionsrisiko auszusetzen (fehlendes Masketragen über einen längeren Zeitraum ohne Mindestabstand mit einer großen Personenanzahl in geschlossenen Räumen).

Wir als Kollegium haben die überhastete Entscheidung zum Ende der Sommerferien, mit voller Stärke wieder zu starten und das mit Masken abzufedern, als Notlösung akzeptiert. Wir sind uns im Klaren darüber, dass das Masketragen eine Belastung für die Schüler*innen wie auch für die Kolleg*innen darstellt, dass wir damit deutliche Abstriche in der Unterrichtsvermittlung wie auch im sozialen Miteinander machen müssen. Das Tragen der Maske wurde jedoch notwendig, um bei vollen Klassen einen relevanten Infektionsschutz zu gewährleisten.

Jetzt kommt mit der Aufhebung der Maskenpflicht im Unterricht eine neue übereilte Vorgabe hinzu, die uns zwingt die Wahrscheinlichkeit für ein Ansteigen der Infektionszahlen mitzutragen. Die Tage werden kühler, das Lüften weniger lang, die Räume werden trockener und wärmer durch die Heizungsluft. Ein Anstieg einer generellen Erkältungswahrscheinlichkeit in der kalten Jahreszeit kommt hinzu. Communitymasken dienen in erster Linie dem Fremdschutz, der nur aufrechterhalten werden kann, wenn alle sie tragen. Dies ist im Unterricht nun nicht mehr der Fall. Der mindestmögliche Schutz von Menschen, die zur Risikogruppe gehören, wird demnach nicht mehr gewährleistet. Viele Kolleg*innen, die Teil der Risikogruppe sind, kommen dennoch zum Präsenzunterricht, um ihre Schüler*innen nicht im Stich zu lassen. Dieses Pflichtgefühl wird schamlos von den Regierungsverantwortlichen ausgenutzt.

Unter diesen Umständen kann leicht das Gefühl entstehen, als seien wir lediglich dazu da, auf die Kinder aufzupassen, damit die Eltern nicht ausfallen und die Wirtschaft nicht leidet. Das Gefühl in einer hinnehmbar sicheren Umgebung arbeiten zu können schwindet und ist bald gar nicht mehr vorhanden. Die Verantwortung mit der Pandemie in der Schule umzugehen wurde und wird immer weiter auf das Individuum, die Lehrer*innen, abgewälzt. Nun entscheiden sogar 10-Jährige über den Fortgang der Pandemie mit, indem sie Maske tragen oder eben nicht.

Man muss allerdings festhalten, dass in den ersten Tagen die überwältigende Mehrheit unserer Schüler*innen aus Verantwortungsbewusstsein weiterhin die Masken auch im Unterricht trägt. Leider lässt dies jedoch von Tag zu Tag nach.

Unter diesen Umständen kann leicht das Gefühl entstehen, als seien wir lediglich dazu da, auf die Kinder aufzupassen, damit die Eltern nicht ausfallen und die Wirtschaft nicht leidet.

Das Gefühl in einer hinnehmbar sicheren Umgebung arbeiten zu können schwindet und ist bald gar nicht mehr vorhanden.

Die Verantwortung mit der Pandemie in der Schule umzugehen wurde und wird immer weiter auf das Individuum, die Lehrer*innen, abgewälzt.

Brand(t)-Brief

Ende September verfasste der Lehrerrat der Willy-Brandt-Gesamtschule in Köln-Höhenhaus ein Schreiben, das von 79 Kolleg*innen unterzeichnet wurde. Die Geschäftsführerin der GEW Köln, Eva-Maria Zimmermann hat bereits geantwortet (siehe Seite 38 dieser Ausgabe). Wir sind gespannt, wie lange die politischen Entscheidungsträger*innen für ihre Antwort benötigen ...
// Die „forum“-Redaktion

Das Verständnis für die Differenzierung zwischen „Maskenabsetzen im Unterricht erlaubt“ und „Maskenpflicht im Schulgebäude und auf dem Schulgelände“ fällt schwer und wird immer wieder von der Schülerschaft in Frage gestellt. Umso höher sind die Anstrengungen und die damit einhergehende Belastung diese Regelungen auch in der Schulgemeinde durchzusetzen.

Die zusätzliche Belastung, die den Lehrkräften aufgebürdet wird, ist immens und führt bereits jetzt, nach wenigen Wochen, zu einer bedenklichen Vertretungssituation. Es fällt dadurch bereits jetzt schon Unterricht aus und es wird sich bei weiterem Anstieg der Krankmeldungen – der unter den gegebenen Bedingungen absehbar ist - nicht vermeiden lassen, dass sich der Unterrichtsausfall intensiviert.

Wir investieren täglich einen nicht unerheblichen Teil unserer Energie und Zeit in die Entwicklung, Erklärung und Durchsetzung von Corona-Konzepten und -Maßnahmen. Gleichzeitig wird der Öffentlichkeit suggeriert und von uns erwartet, dass Unterricht und Wissensvermittlung 100% unverändert so stattfindet, wie ohne Corona. Dies ist schlicht NICHT möglich. Hier wäre die Erlaubnis für individuellere Möglichkeiten der Anpassung an den einzelnen Schulen, z.B. durch Anpassung der Stoffverteilungspläne oder Reduzierung der Klassenarbeiten, dringend notwendig.

Wir übernehmen gerne Verantwortung, kommen jedoch zu dem Schluss, dass unter diesen Bedingungen ein Unterrichten ohne Gesundheitsgefährdung nicht möglich ist und wir nicht als Versuchsobjekte dienen oder im schlimmsten Fall Kollateralschäden einer rücksichtslosen Bildungspolitik werden wollen.

Wir fordern

- ! **rechtzeitige und transparente (begründete) Information** über Änderungen, die wir im Schulbetrieb vornehmen sollen mindestens mit einer Woche Vorlaufzeit für die Planung, sofern keine Gefahr im Verzug ist, die schnellere Entscheidungen notwendig macht.
- ! **Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes aller Lehrkräfte** in den Planungen neuer Maßgaben (Hierzu zählt neben Infektionsschutz UND hierbei unbedingter Berücksichtigung der Risikogruppe – nicht nur in der Lehrerschaft – Mehrbelastung durch zusätzliche Aufgaben und Anforderungen)
- ! **Wertschätzung gegenüber unserer Tätigkeit als Lehrkräfte**, die sich unter anderem darin zeigt, dass auch unsere Meinung gehört und einbezogen wird und in Kommunikation proaktiv Lösungen gesucht werden, um die Arbeitsbelastung auf einem tragbaren Niveau zu halten anstatt die Situation anhand von Statistiken schön zu reden

Wir bieten Ihnen (verantwortliche Menschen in der Bildungspolitik)

- ! **Hospitationszeiten unter unseren aktuellen Hygienebedingungen** mit wechselnden Lerngruppen bis zu 30 Personen, spontanem Vertretungsunterricht in unbekanntem Klassen, Aufsichten, in denen sich fast die komplette Energie auf die Kontrolle der Maskenpflicht konzentriert, während diese im Unterricht nicht mehr gilt. All dies findet idealerweise unter durchgehendem Tragen von FFP2-Masken, bis zur 9. Stunde statt, um den Eigenschutz zu gewährleisten (Bitte selber mitbringen und finanzieren!)

Melden Sie sich gerne im Sekretariat.

Mit freundlichen Grüßen

Der Lehrerrat der Willy-Brandt-Gesamtschule Köln
in Vertretung des Kollegiums

Vertretungskräfte entfristen und mehr Lehrer*innen einstellen!

Anfang September ergriff die GEW-Betriebsgruppe am Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg in Köln-Deutz erneut die Initiative, sich schriftlich an Schulministerin Gebauer (FDP) zu wenden. Unter den fast 150 Unterzeichner*innen sind nicht nur Lehrkräfte sondern auch Schüler*innen des Berufskollegs. // Die „forum“-Redaktion

GEW-Schulgruppe Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg
10.09.2020

An das
Ministerium für Schule und Bildung
z. Hdn. von Herrn Stigulinsky

Wir brauchen ausreichend Lehrstellen!

Damit alle Schüler*innen ihre Lernziele und ihre Abschlüsse erreichen können, damit alle Lehrer*innen ihre Verantwortung erfüllen können und ihre immer weiter zunehmende Belastung gestoppt wird!

Nachdem schon im letzten Schuljahr sich 118 Lehrer*innen und Schüler*innen an die Ministerin für Schule und Bildung, Yvonne Gebauer, gewandt haben und den dringenden Bedarf an Lehrkräften angemahnt haben, haben wir weiter diskutiert und eine erste Liste von Forderungen erstellt, deren Erfüllung ein erster Schritt dahin ist, dass an unserer Schule ausreichende Bedingungen für das Lernen und Lehren existieren.

1. Im Bildungsgang Eisenbahner im Betriebsdienst muss mindestens eine zusätzliche Lehrstelle für die neu eingerichtete Klasse von Fahrdienstleitern und einer weitere Lehrstelle für die Teilung der übervollen Klassen in der Mittelstufen geschaffen werden.
2. Im Bildungsgang Berufskraftfahrer muss mindestens eine Stelle geschaffen werden, um die Schüler*innen wieder 3-zügig unterrichten zu können und die Umwandlung ein einen 2-zügigen Bildungsgang rückgängig zu machen.
3. In den dualen kraftfahrzeugtechnischen Bildungsgängen fallen wöchentlich gegenüber den Vorgaben der Stundentafel (APO-BK, Anlage A) 75 Stunden aus: Das verlangt die Schaffung von 3 zusätzlichen Lehrstellen.
4. In den Klassen der Kfz-Mechatroniker*innen, insbesondere in den Unterstufen, müssen die Klassen mit mehr als 25 Schüler*innen geteilt werden; dazu ist die Schaffung von mindestens 3 zusätzlichen Klassen notwendig und dafür mindestens die Schaffung von 2 Lehrer*innenstellen.
5. In den vorberuflichen Bildungsgängen ist die Schaffung von mindestens einer weiteren Stelle für die Schulsozialarbeit notwendig.
6. Um diese Ziele zu erreichen ist als Erstes die Entfristung der befristeten Vertretungslehrer*innen-Stellen sowie die sofortige Wiederbesetzung aller freiwerdenden Stellen notwendig.

Das sind die Forderungen, deren Erfüllung aus unserer Sicht für die Wiederherstellung von Bedingungen an unserer Schule notwendig sind, um einen qualifizierten und den pädagogischen Ansprüchen entsprechenden Unterricht durchführen zu können.

Unterzeichner*innen: 148 Kolleginnen und Kollegen sowie Schülerinnen und Schüler des Nicolaus-August-Otto-Berufskollegs, Köln

Kontakt: H. Frey, Nicolaus-August-Otto-BK



Die Dr. Azubi-Befragung hat wieder begonnen! Gewerkschaftsjugend fragt nach der Zufriedenheit in der Ausbildung

Seit 13 Jahren befragt die DGB-Jugend NRW Auszubildende in NRW nach ihrer Zufriedenheit in der Ausbildung. Lehrer*innen an Berufskollegs werden um Unterstützung gebeten! // **Omer Semmo, Jugendbildungsreferent des DGB Köln-Bonn**

In dem sogenannten Ausbildungsreport wird die Qualität der Ausbildung anhand verschiedener Kriterien untersucht, wie zum Beispiel den Arbeitszeiten, der Vergütung und der fachlichen Qualität der Berufsschulen.

Die Befragungen zum Ausbildungsreport NRW 2019 machten u.a. deutlich, dass überlange Arbeitszeiten und fest eingeplante Überstunden für viele Auszubildende zum Alltag gehören: 37,2 Prozent der befragten Auszubildenden leisten regelmäßig Überstunden. 39,2 Prozent haben keinen betrieblichen Ausbildungsplan und nur 56 Prozent der Auszubildenden finden die Qualität ihres Berufsschulunterrichts „gut“ oder „sehr gut“.

Der DGB-Ausbildungsreport ist ein jährlicher Gradmesser für die Qualität in der Ausbildung. Er zeigt, was gut läuft und wo es noch Schwierigkeiten gibt. Der Report zeigt auch, welche Branchen eine gute Ausbildung bieten und wo es Nachholbedarf gibt. Die Auswertung erfolgt professionell durch ein wissenschaftliches Institut. Der Ausbildungsreport 2020 für Nordrhein-Westfalen erscheint Ende Oktober.

Für repräsentative Aussagen benötigt die Gewerkschaftsjugend ausreichend ausgefüllte Fragebögen und freut sich über jede Unterstützung! Lehrer*innen an Berufskollegs können die DGB-Jugend bei ihrer Umfrage unterstützen, indem sie in ihren Klassen die Fragebögen ausfüllen lassen. Die ab jetzt erhobenen Daten fließen in den Ausbildungsreport 2021 ein.

Der Ausbildungsreport NRW 2019 und der aktuelle Fragebogen findet sich als Download auf der Seite der DGB-Jugend Köln: <http://koeln-bonn.dgb.de/-/nxH>

Die Dr. Azubi-Fragebögen sind auch beim Jugendbildungsreferenten des DGB Köln-Bonn, Omer Semmo, erhältlich, der die ausgefüllten Fragebögen sammelt.

Zudem bietet die Gewerkschaftsjugend 90-minütige Unterrichtsmodule an. Diese werden von geschulten Teamer*innen durchgeführt. Es gibt die Möglichkeit der Gestaltung einer kompletten Unterrichtsreihe entlang der Module oder einer thematischen Konzentration auf einzelne Module in einer Doppelstunde. Mit diesen Bildungsangeboten will die Gewerkschaftsjugend den Unterricht sinnvoll ergänzen und die bildungspolitische Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und Berufskollegs ausbauen.

Das Angebot:

Baustein 1: Gesellschaftliche Grundlagen
Baustein 2: Mitbestimmung
Baustein 3: Deine Rechte in der Ausbildung
Baustein 4: Gewerkschaftliche Basisarbeit

Für Rückfragen zu den Dr. Azubi-Fragebögen und dem kostenlosen Bildungsangebot steht Ihnen der Jugendbildungsreferent des DGB Köln-Bonn gerne zur Verfügung.

Kontakt:

Omer Semmo
DGB Köln-Bonn
Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Email: omer.semmo@dgb.de
Tel.: 0221-50003211

PR-Wahlen als Denkmittel verstehen

Bis zum 1. Oktober dieses Jahres konnten die Lehrkräfte in ganz NRW mitbestimmen, wie in den nächsten vier Jahren die Personalratsgremien ihrer Schulform zusammengesetzt sein sollen. Die Ergebnisse der GEW-Listen lassen zu wünschen übrig. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion sowie Kandidat zur PR-Wahl an Kölner Gesamtschulen**

Was macht die Gewerkschaft aus? Welche Bedeutung kommt dabei den Personalräten (PR) zu? Und wie sind folglich die Ergebnisse der diesjährigen PR-Wahlen zu bewerten? Diese drei Grundfragen sollen der folgenden Wahl-Nachlese den Rahmen geben.

Gewerkschaft findet auf mehreren Ebenen statt. Kolleg*innen schließen sich in einer Gewerkschaft zusammen, weil sie gemeinsame Interessen haben – und mit der Arbeitgeberseite ein gemeinsames Gegenüber. Es geht um den Interessengegensatz zwischen Brötchengeber*in und Beschäftigten, der sich bei der Frage der Lohnhöhe und Arbeitszeit, den Arbeitsbedingungen und in puncto Mitbestimmung offenbart. Zwangsläufig spielen auch weitergehende gesellschaftspolitische Fragen eine Rolle, da sie – mittelbar und unmittelbar – mit dem konkreten Arbeitsverhältnis in Zusammenhang stehen.

Wer es weniger abstrakt möchte, stelle sich ganz praktisch vor, was die Arbeitnehmer*innen- respektive die Arbeitgeber*innen-Seite auf Fragen antworten würde, wie diese:

Müssen die Gehälter rauf? Wie stark sollten sie steigen? Sollte es beim Gehaltsunterschied zwischen den Schulformen bleiben?

Muss die Arbeitszeit runter? Wie stark sollte sie sinken? Sollte es beim Unterschied zwischen den Arbeitszeiten an den einzelnen Schulformen bleiben?

Was das Gesellschaftspolitische angeht, sei an dieser Stelle beispielhaft an die Debatte über den Umgang mit den FFF-Demos erinnert, die unsere Branche ganz direkt betrifft: Repression oder Kooperation?

Ein Personalratsmitglied kommt ins Spiel, wenn einzelne Kolleg*innen individuell um Unterstützung bitten, Lehrerräte Support benötigen oder allgemeine Probleme mit der Dienststelle (sprich: der jeweiligen Bezirksregierung) und / oder dem Schulministerium (dann ist nicht der BPR sondern es sind die Hauptpersonalrät*innen zuständig) geklärt werden müssen. Wenn „die Dienststelle“ bei Personalversammlungen auf die

Schilderung von Problemen aber immer öfter mit „wir nehmen das mit“ reagiert und das zuständige Ministerium eine Schulmail nach der anderen produziert, dann stellt sich vermehrt die Frage, was Personalräten an Mitteln noch bleibt.

PR-Wahlergebnisse als Stimmungstest?

Abhängig von der Schulform sind unterschiedliche Verbände und Gruppierungen gegen die GEW-Listen angetreten. Am Gymnasium und der Gesamtschule war es der Philologenverband (phv), außer an Gymnasien und Berufskollegs der „Verband Bildung und Erziehung“ (vbe), außer an der Grund- und Förderschule die „Schutzgemeinschaft angestellter LuL“ (SchaLL), die „Lehrer NRW“ (nur an Gesamt- und Realschulen), die „Korrekturfachlehrer“ (nur an Gymnasien) und der VLBS (nur am Berufskolleg).

Sieht man sich die Ergebnisse genauer an, so fällt zuallererst auf, dass die Beteiligung an den Wahlen zu den Bezirkspersonalräten (BPR) an keiner Schulform über der

Kolleg*in vom Stimmrecht Gebrauch macht? Ist man zufrieden mit der Situation, wie sie ist? Sieht man keinen oder nur geringen Nutzen in der Wahl der eigenen Personalratsmitglieder? Oder geht man davon aus, dass eine veränderte Zusammensetzung der Personalräte keine spürbare Veränderung im Arbeitsalltag nach sich zieht?

Corona als Faktor

Natürlich war auch die PR-Wahl von der Corona-Pandemie geprägt. Dass die Wahlperiode aufgrund von COVID-19 um etliche Monate verschoben worden ist, hat sicherlich nicht zur Steigerung der Wahlbeteiligung beigetragen. Dass aber aus demselben Grund zahlreiche GEW-Veranstaltungen abgesagt worden sind, mag eine Erklärung für die Verluste sein, die die GEW-Listen an beinahe allen Schulformen hinnehmen mussten. Wer so kurz vor den PR-Wahlen kein Gesicht mehr zeigen kann, muss beim Stimmresultat sicherlich einstecken. Dass dies auch für die anderen Listen gilt, steht außer Frage. Doch gerade die GEW bietet üblicher Weise eine sehr breite Palette an attraktiven Angeboten für die Kolleg*innen der jeweiligen Schulformen und auch schulformübergreifend an. Fallen diese Angebote weg, ist auch der Bezug zur GEW bei PR-Wahlen geringer. Allein zwei Treffen für Vertrauensleute mussten kurzfristig abgesagt werden.

Gleichzeitig gilt aber auch, dass sich die GEW angesichts der Corona-Probleme klar positioniert hat. Mit seinem Offenen Brief an die Landesregierung hat der Kölner GEW-Stadtverband binnen kürzester Zeit landesweit über 30.000 Unterstützungs-Unterschriften im Internet sammeln können. Auch die BILDUNGSSALARM-Kampagne haben wir uns von der Pandemie nicht gänzlich nehmen lassen.

Wo waren die Verluste am größten und warum?

Die GEW hat vor allem am Gymnasium verloren. Kamen wir hier 2016 noch auf 2025 Stimmen (32,59 Prozent), so waren es jetzt 650 Stimmen weniger (28,89 Prozent). Das hatte den Verlust nur eines Sitzes zur Fol-

Ergebnisse Personalratswahlen 2020 BPR & ÖPR Bezirk Köln

BPR	Wahlbeteiligung	GEW			VBE			SchaLL			PhiIV			Sonstige		
		Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze	Stimmen	Prozent	Sitze
Grundschule	47,98%	2502	40,70%	6	3645	59,30%	9									
Hauptschule	36,02%	233	40,10%	5 (-2)	223	38,38%	5	125	21,51%	3 (+1)						
Realschule	32,85%	347	35%	6	164	16,48%	3 (+1)	116	11,66%	2				368	36,98%	6 (-1)
Gesamtschule	35,10%	1524	52,81%	14 (-1)	544	18,85%	5 (+2)	287	9,94%	2	266	9,22%	2	265	9,18%	2 (+1)
Gymnasium/WBK	43,48%	1375	28,89%	7 (-1)				261	5,48%	1	2580	54,21%	14	544	11,43%	3 (+1)
Förderschule	40,86%	1174	65,73%	13 (-2)	612	34,27%	6 (+2)									
Berufskolleg	38,53%	519	25,17%	5				229	11,11%	2				1314	63,72%	14

Lehrer NRW
Lehrer NRW
Korrekturfachlehrer
VLW/VLBS

ÖPR Grundschulen

Städteregion Aachen	55,35%	112	13,84%	1 (-1)	697	86,16%	12 (+1)
Rhein-Erft	74,03%	323	30,39%	4	740	69,61%	9
Bonn	42,52%	252	52,17%	7 (-1)	231	47,83%	6 (+1)
Düren	48,42%	69	22,12%	2 (-1)	243	77,88%	9 (+1)
Euskirchen	57,82%	52	17,33%	1 (-1)	248	82,67%	8 (+1)
Rhein-Berg	48,48%	148	36,01%	4 (-1)	263	63,99%	7 (+1)
Oberberg	50,48%	243	66,94%	8 (+1)	120	33,06%	3 (-1)
Heinsberg	50,62%	100	25,64%	3 (-1)	290	74,36%	8 (+1)
Köln	32,30%	646	66,32%	11 (10)	328	33,68%	6 (5)
Leverkusen	49,55%	145	57,54%	5 (-1)	107	42,46%	4 (+1)
Rhein-Sieg	44,31%	318	39,90%	5	479	60,10%	8

Wenn eine Verordnung die nächste jagt und von Mitbestimmung kaum noch die Rede sein kann, dann sinkt die Motivation sich an PR-Wahlen zu beteiligen.

ge, da der an dieser Schulform traditionell starke Konkurrent phv mit minus 614 Stimmen ebenfalls starke Einbußen verzeichnete. Auch die Kölner GEW-Fachgruppe Gymnasium musste von langer Hand geplante Veranstaltungen Corona-bedingt absagen. Gewinner an dieser Schulform sind die „Korrekturfachlehrer“, die sich trotz eines Verlustes von 24 Stimmen im Vergleich zu vor vier Jahren prozentual steigern und einen zusätzlichen Sitz sichern konnten.

Am Beispiel Gymnasium/WBK zeigt sich, dass der größte Zuwachs auf Seiten der Nicht-Wähler*innen zu verzeichnen ist.

Aber auch an der Förderschule haben wir verloren. Der Stimmanteil unserer Liste sank um rund 12 Prozent, da sich – bei gut fünf Prozent geringerer Wahlbeteiligung – 425 Wähler*innen weniger für uns entschieden haben als noch 2016. Hier mag ein Grund gewesen sein, dass die Haltung der GEW, wegen der Pandemie die Schulen lieber länger geschlossen zu halten, gerade bei vielen Förderschul-Kolleg*innen auf Ablehnung gestoßen ist. Schließlich haben sie i.d.R. zahlenmäßig mit weniger Schüler*innen engeren Kontakt, dabei aber eine engere sozial-emotionale Bindung zu ihren Schützlingen.

Lediglich an der Gesamtschule konnten die GEW ihre Wählerschaft erweitern: von 1353 vor vier Jahren auf nun 1524 Stimmen. Da alle anderen Listen aber ebenfalls – zum Teil ganz erheblich – zulegen konnten (vbe und „Lehrer NRW“ fuhren verglichen mit 2016 fast das Doppelte an Stimmen ein), läuft es nun sogar auf den Verlust eines Sitzes hinaus.

Fazit

An sechs von sieben Schulformen haben wir Wähler*innen verloren. Nur an der Grundschule, der Realschule und dem Berufskolleg konnten wir die Anzahl unserer Sitze im Personalrat halten. An der Gesamtschule und dem Gymnasium/WBK haben wir einen, an der Förderschule und der Hauptschule sogar zwei Sitze verloren.

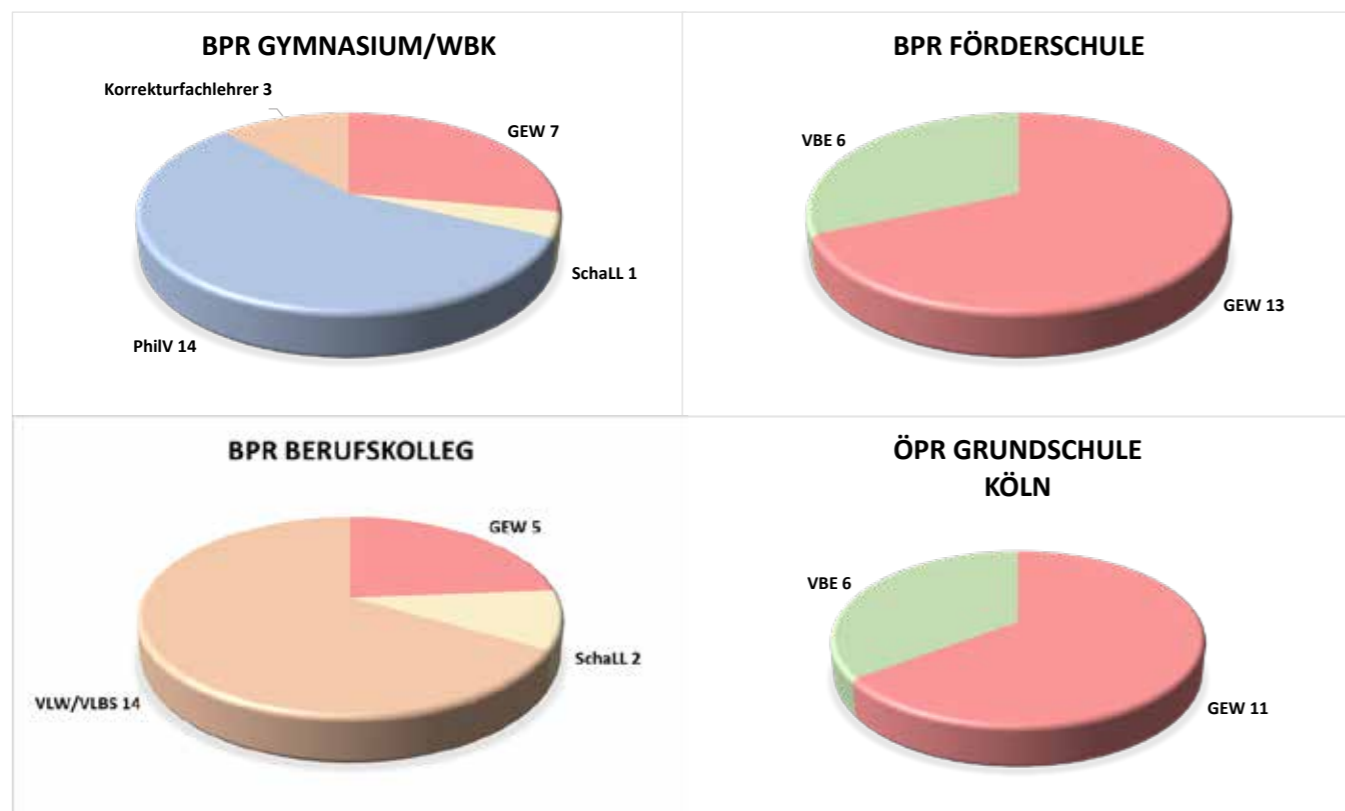
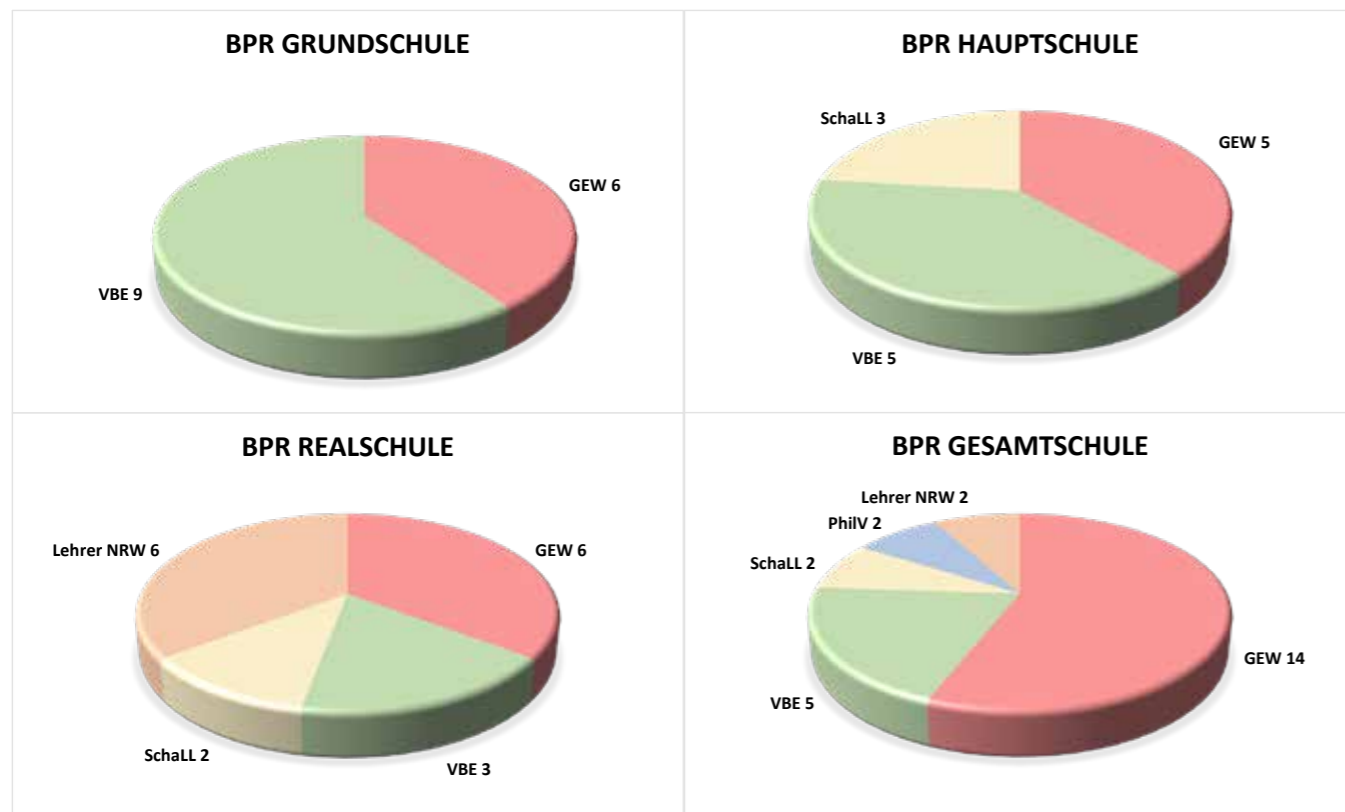


<https://koeln.gew-nrw.de/index.php?id=3912>

Mandate hinzugewinnen konnten der vbe (Real- sowie Gesamt- und Förderschule), die „Lehrer NRW“ (an der Gesamtschule) und die „Korrekturfachlehrer“ (Gymnasium/WBK). An der Realschule mussten die „Lehrer NRW“ hingegen einen Sitz abgeben (hier büßten sie 140 Stimmen ein), und der

vbe legte an dieser Schulform um einen Sitz zu, obwohl er an Stimmen verlor (minus 43). Hinsichtlich der sehr geringen Wahlbeteiligung ist festzuhalten: Wenn eine Verordnung die nächste jagt und von Mitbestimmung kaum noch die Rede sein kann, dann sinkt auch die Motivation sich an Wahlen zu beteiligen, die über die Zusammensetzung eines Mitbestimmungsgremiums entscheiden. Denn das sind die Personalräte: schulformspezifische Gremien der Mitbestimmung!

Bleibt die Frage, ob angesichts der drastischen Maßnahmen der Landesregierung bzw. des Schulministeriums in der Corona-Krise nicht auch drastischere Reaktionen seitens der GEW erwartet wurden. Sollten Kolleg*innen etwa eine schärfere Reaktion gewünscht haben, als der Dienstherr mit ihrer Gesundheit zu spielen begann? Wenn das aus den Ergebnissen der diesjährigen Personalratswahl abzulesen ist, dann bleibt zu hoffen, dass die anstehenden Personalversammlungen den Raum dafür bieten, um Unmut zu kanalisieren und gemeinsame Lösungen zu finden.



Ergebnisse der Personalratswahlen an Realschulen 2020

Die GEW Personalräte der Realschule möchten sich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die bei den Personalratswahlen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ihre Stimme gegeben haben, herzlich für ihr Vertrauen bedanken!

Hier das Wahlergebnis im Bezirkspersonalrat (BPR):

GEW	Lehrer NRW	VBE	SchaLL
35 %	36,98 %	16,48 %	11,66 %
6 Sitze	6 Sitze (-1)	3 Sitze (+1)	2 Sitze

Im Hauptpersonalrat haben die GEW 5 Sitze, Lehrer NRW 5 Sitze (-1), der VBE 3 Sitze und SchaLL 2 Sitze (+1) erhalten.

Wir sind mit dem Ergebnis im BPR zufrieden, denn wir haben unsere 6 Fraktionssitze behalten. Lehrer NRW hat einen Sitz an den VBE abgeben müssen. Die Wahlbeteiligung war leider mit 32,85% sehr niedrig.

Wir als GEW Fraktion werden weiterhin aktiv und engagiert im neuen Personalrat die Interessen der Lehrerinnen und Lehrer an Realschulen vertreten!

Personalratsmitglieder der GEW beraten bei Fragen und Problemen gerne:

Katrin Reininghaus
katrin.reininghaus@gew-nrw.de
0221/331647

Rolf Haßelkus
rolf.hasselkus@gew-nrw.de
0228/625653

Dietgard Schwarz
dietgardschwarz@t-online.de
02235/1227

Karen Kiethe
karenkiethe@gmail.com
0221/4758435

Karin Vogelpohl
Karin.vogelpohl@web.de
0157-33148796

Sonja Biermann
sumami@gmx.de
0176-20890426



Liebe Maria – wir sagen: Danke

Viele Kolleg*innen in Köln kennen Maria Backhaus. Denn sie war von 2008 – 2020 im Personalrat Realschule und hatte darüber hinaus von 2015 – 2020 die Listenführung. Maria hat sich als Personalrätin immer sehr engagiert und kämpferisch für die Kolleg*innen eingesetzt. Viele werden ihre Beratung und tatkräftige Unterstützung vermissen. Maria ist zum Ende des letzten Schuljahres aus dem Personalrat ausgeschieden, weil sie pensioniert worden ist. Sie wird die GEW Köln aber weiterhin aktiv unterstützen, daher möchten wir an dieser Stelle vor allem ihren Einsatz im Personalrat würdigen. Danke Maria.

Grundschulempfehlung und Abitur an Gesamtschulen

// Anne Ratzki, AK Schulentwicklung

2009 erregte eine Studie zum Gesamtschulabitur Aufsehen: Nur für 29,5% der Abiturient*innen an Gesamtschulen hatte die Grundschule den Besuch des Gymnasiums empfohlen, dagegen hatten 17,8 % nur eine Hauptschulempfehlung und 52,2% eine Empfehlung für die Realschule. 70,5% der Gesamtschul-Abiturient*innen hatten also das Abitur erreicht, obwohl ihnen die Grundschule dies nicht zugetraut hatte. Seit dem Zentralabitur wird an beiden Schulformen, Gymnasium und Gesamtschule, das gleiche Abitur durchgeführt.

Die Studie von 2009 zeigte zum einen die Unzuverlässigkeit einer Schul-Prognose für 10-jährige Kinder, andererseits wurde deutlich, dass viele Schüler*innen aus armen Familien oder mit Migrationshintergrund, die oft keine Gymnasialempfehlung erhalten, durch das längere gemeinsame Lernen an Gesamtschulen das Abitur erreichen konnten.

Eine neue Studie 2020

Nach mehr als 10 Jahren ist es natürlich interessant zu erfahren, wie sich das Verhältnis Grundschul-Empfehlung und Abitur heute darstellt. Anfang 2020 wurden deshalb von der GGG (Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule) und der Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW erneut die Gesamtschulen mit der Bitte angeschrieben, die Daten ihrer Abiturienten*innen für eine neue Erhebung zur Verfügung zu stellen.¹ 229 von 345 Gesamtschulen in NRW führen bereits eine 13. Jahrgangsstufe, von ihnen haben 96 mit 6778 Schüler*innen geantwortet und damit eine Teilnahmequote von 42% erreicht.

Haben die Grundschulen dazugelernt?

Leider nein: Das Ergebnis unterbietet noch die Daten von 2009: Nur 21% der Abiturient*innen erhielten am Ende der 4. Klasse die Prognose „gymnasial geeignet“. 79% hatten eine andere Prognose und haben trotzdem das Abitur erreicht.

Vergleich 2009 und 2020

	HA	RS	GY
2009	17,8%	52,2%	29,5%
2020	14,8%	64,1%	21,1%

Auffällig sind sowohl die gesunkenen Empfehlungen für das Gymnasium, aber auch für die Hauptschule, öfter empfohlen wird die Realschule.

Die soziale Benachteiligung im Schulsystem wird überdeutlich

Wie in einem Brennglas werden in dieser Untersuchung die Stellschrauben der sozialen Benachteiligung in unserem Schulsystem sichtbar: Besonders selten sind die gymnasialen Empfehlungen der Abiturient*innen an den Gesamtschulen des Standorttyps 5, also an Schulen in einem ärmeren Wohngebiet und mit einem hohem Anteil an Migrant*innen. Hier hatten nur 13,9% der Abiturient*innen eine gymnasiale Empfehlung der Grundschule erhalten.

Und auch die zusätzliche Benachteiligung der Kinder mit Migrationshintergrund wird durch die Untersuchung deutlich: Nur 11% der Abiturient*innen mit Migrationshintergrund wurde durch die Grundschule eine Eignung für das Gymnasium zuerkannt.

Diesmal neu dabei: Schulwechsler aus dem Gymnasium

Die Untersuchung war diesmal auch auf die Schülerinnen und Schüler ausgedehnt worden, die, abgeschult von den Gymnasien, auf die Gesamtschule wechselten. Dies ist vor allem in Gemeinden, die nur noch Gymnasien und Gesamtschulen als weiterführende Schulen haben, der Fall. Von 910 Schulformwechsler*innen haben 47 %, also fast die Hälfte, entgegen der Prognose des Gymnasiums das Abitur an der Gesamtschule erreicht.

Die Fragwürdigkeit der Abschlussspraxis wird durch diesen Befund sehr deutlich. Es ist auch zu vermuten, dass hier noch einmal die soziale Herkunft eine Rolle spielt – eine Untersuchung im Schulentwicklungsplan der Stadt Köln von 2012 zeigte, dass unter den Abgeschulten überproportional viele Schüler*innen mit Migrationshintergrund waren.

Ein Fazit

Die Grundschulgutachten spiegeln die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft im gegliederten Schulsystem. Kinder aus armen Familien und mit Migrationshintergrund erhalten kaum eine Empfehlung für das Gymnasium. Wenn es keine Gesamtschule gibt, sind sie weitgehend von höheren Schulabschlüssen ausgeschlossen. Beschämend die Ergebnisse am Gymnasium: die Hälfte der angeblich nicht geeigneten Schüler*innen, die das Gymnasium aufgrund schlechter Leistungen verlassen mussten, schafften an der Gesamtschule das Abitur. Die Untersuchung zeigt: Hier versagen nicht die Schüler*innen, sondern das Gymnasium bei der angemessenen Förderung seiner Schüler*innen.

Die Untersuchung macht anschaulich deutlich, was auch durch PISA immer wieder festgestellt wird: Das gegliederte Schulsystem ist die Ursache für soziale Ungerechtigkeit und fehlende Chancengleichheit im deutschen Schulsystem.

Die Autoren der Studie schließen mit Empfehlungen, z.B.:

- die Abschaffung der Schulformempfehlungen der Grundschulen
- ein Abschlusssperrenverbot für Gymnasien und Realschulen in Verbindung mit der rechtlichen Möglichkeit, auch an diesen Schulformen alle Schulabschlüsse der Sek I zu erreichen,
- die Beteiligung der Gymnasien an der Bewältigung der gesellschaftlichen Aufgaben (Inklusion, Integration, ...) und damit eine Angleichung der Anteile an den Standorttypen, zur Lösung aller beschriebenen Probleme:
- die Weiterentwicklung des Schulsystems: hin zu der einen Schule für alle mit den Klassen 1 bis 13 – z.B. durch eine schrittweise Annäherung der Profile aller Schulformen in NRW.“

¹ Rainer Dahlhaus, Achim Elvert, Werner Kerski,

Erhard Schoppengerd:

Abiturientinnen und Abiturienten an Gesamtschulen 2020

Bildungskarrieren, Schulerfolg und die Leistung der Schulform

In: www.ggg-web.de

Die Grünen beim Wort nehmen!

// Klaus Minartz, AK Schulentwicklung

Die Grünen sind die Gewinner*innen der Kommunalwahlen 2020 und stellen die stärkste Ratsfraktion. Deshalb ist eine Begleitung der Umsetzung ihrer „Grünen Ziele für Köln“ im Hinblick auf die Kölner Bildungspolitik für die GEW Köln eine wichtige Aufgabe.

Im Zusammenhang mit unserer Kritik im letzten forum an den Beschlüssen der Grünen in der letzten Ratsperiode, ist die Lektüre ihrer bildungspolitischen Ziele für Köln empfehlenswert (siehe Kasten).

Auf einen Widerspruch möchte ich hinweisen. Das erste Ziel, „für einen vorrangigen und schnellen Ausbau weiterer Gesamtschulplätze sorgen“ ist eine wichtige und notwendige Konsequenz aus der Analyse der Anmeldezahlen an den Schulformen in den letzten Jahren – und erfordert eine Korrektur des Beschlusses „3 neue Gymnasien und 3 neue Gesamtschulen“ zu bauen. Denn dieser Beschluss behindert einen vorrangigen und schnellen Ausbau weiterer Gesamtschulen. Der wäre durch die GEW-Kompromiss-Forderung „4 neue Gesamtschulen und 2 neue Gymnasien“ realisiert. Im zweiten Ziel „uns weiterhin für die zügige Umsetzung der geplanten Schulbauprojekte (...) einsetzen (...)“ wird das erste Ziel jedoch wieder relativiert, wenn nicht sogar konterkariert.

Doch: mit neuer Mehrheit kann eine Korrektur im Sinne der Vorrangigkeit umgesetzt werden.



Auszüge aus dem Wahlprogramm der Kölner Grünen 2020:

Bildung in Schulen – und darüber hinaus Kinder und Jugendliche sollen möglichst lange gemeinsam lernen, weil dies Erfolge aller fördert. Chancengleichheit ist dabei ein hohes Gut. Schule ist keine Lernfabrik, sondern muss ein Lern- und Lebensort sein, an dem alle Kinder ihre Fähigkeiten und Talente entwickeln können und zu selbstbestimmten und kritischen Menschen heranwachsen. Diese inklusive Bildung bedeutet, dass alle Kinder individuell ihre Potenziale entfalten können. Damit dies gelingt, müssen die schulischen Strukturen stimmen, wofür wir uns auf kommunaler Ebene starkmachen. Als Kommune müssen wir für ausreichend viele und gut ausgestattete Schulplätze sorgen. Dies ist in der wachsenden Stadt und mit den Nachholbedarfen der letzten Jahre eine große Herausforderung, und der Elternwille ist entscheidend. Ein besonderer Schwerpunkt muss deshalb im Ausbau der Gesamtschulplätze liegen.

[...]

Wir wollen ...

- Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Bildung in einem durchlässigen, inklusiven und Chancengleichheit eröffnenden Bildungssystem ermöglichen.
- der Sicherung von Flächen für den Schulneubau, der Instandsetzung von Schulgebäuden und dem Ausbau von Gesamtschulen eine angemessene hohe Priorität einräumen

[...]

Unsere Grünen Ziele für Köln

Wir werden ...

- für einen vorrangigen und schnellen Ausbau weiterer Gesamtschulplätze sorgen.
- uns weiterhin für die zügige Umsetzung der geplanten Schulbauprojekte und eine bedarfsgerechte Sanierung bestehender Schulen sowie die schnelle Sanierung von Toilettenanlagen einsetzen und dafür sorgen, dass Grundstücksflächen für den Schulbau gesichert werden.
- die Planung und Gründung weiterer Schulen des längeren gemeinsamen Lernens von Klasse 1 bis 13 vorantreiben.



Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Helga Löbbert, Mitglied im Ausschuss der Aktiven Ruheständler*innen
// Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion

Unser Team der Aktiven Ruheständler*innen:
(v.l.n.r.) Helga Pennartz, Klaus Kolter, Malle Bensch-Humbach, Silke Weinberger-Brümmer, Helga Löbbert, Heide Erle

forum: Wurdest Du von einer Vertrauensfrau oder einem Vertrauensmann der GEW zur Mitgliedschaft überzeugt?

HELGA: Die Vertrauensleutestruktur gab es damals noch nicht. Für mich brauchte es aber auch keine Überzeugungsarbeit. Für mich war klar: Du musst in die GEW. Rolly Brings, Anne Ratzki und ein paar andere Kolleg*innen waren bereits in der GEW. Ich mache nun seit fast 50 Jahren Vorstandsarbeit in der GEW Köln. 1972 wurde ich zum ersten Mal stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes. Ich war bis 1998 für die GEW im Personalrat. Seit fast 20 Jahre bin ich Vorsitzende der Ruheständler*innen.

forum: Wir hören gerade so viel von den Beschäftigten im Bildungsbereich und deren Arbeitsbedingungen unter Corona. Welche Arbeitsschwerpunkte hat der Ausschuss Aktive Ruheständler*innen zur Zeit?

HELGA: Wir sind momentan ein Team von sechs Leuten. Dabei gibt es eine Kooperation der GEW Köln mit der GEW Rhein-Berg. Wir Ruheständler*innen kooperieren gerade bei unseren Veranstaltungen schon seit längerer Zeit mit anderen Untergliederungen. Unsere seit den 1980er Jahren fortgeführte Arbeit hat ihren Schwerpunkt in gemeinsamen Unternehmen, z.B. Museumsbesuche, Führungen aller Art in Kirchen, Gebäuden, Stadtteilen, usw. Seit April hat die erste Veranstaltung wieder im September stattgefunden unter stark eingeschränkten Bedingungen. Wir haben zwar bis Februar 2021 geplant, aber unter Corona-Bedingungen werden unsere Veranstaltungen eher nicht stattfinden. Das ist leider zur Zeit sehr schwierig.

forum: Wann und warum bist Du in die GEW eingetreten?

HELGA: Ich habe mit dem Beginn des Schuljahres 1968/69 an der Hauptschule angefangen und schnell gemerkt, dass ich in den verkrusteten Strukturen Gleichgesinnte brauchte, deshalb bin ich in die GEW eingetreten und bis heute immer aktiv geblieben.

forum: 1968. Da war ich noch nicht auf der Welt. Wie darfst Du mir die damalige, „verkrustete“ Zeit vorstellen?

HELGA: Es gab immer noch einige Lehrerinnen und Lehrer, die bereits während des Nationalsozialismus unterrichtet hatten. Außerdem wurden gerade zu dieser Zeit die katholischen und evangelischen Volksschulen aufgelöst. Das war damals ein Fortschritt. Der Übergang zu Haupt- und Grundschulen wurde allerdings noch mit dem größtenteils alten, konfessionellen Personal vollzogen.

**Du musst in die GEW.
Rolly Brings,
Anne Ratzki und ein
paar andere
Kolleg*innen waren
bereits in der
GEW.**

forum: In der GEW ist im Moment so viel von „Generationenwechsel“ die Rede. Auf Landesebene gibt es dazu sogar eine Kommission. Wie ist Eure Position zu diesem Thema?

HELGA: Als Einzelperson habe ich schon mal dafür gesorgt, dass wir Nachwuchs bekommen. Meine Enkeltochter (studiert auf Lehramt) habe ich vom Eintritt in die GEW überzeugt! Als Gruppe „Aktive Ruheständler*innen“ haben wir keine konkrete Position zur Frage des Generationenwechsels, aber wir sollten uns dringend in die Debatte einbringen. Die Aufgabe des Generationenwechsels ist wichtig. Unsere Expertise ist gefragt. Schließlich haben auch wir – als wir jünger waren – immer wieder für einen Generationenwechsel gesorgt. Außerdem müssen die älteren Mitglieder auch eingebunden und mitgenommen werden. Was unsere Gruppe betrifft: Es ist gar nicht so leicht, einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu finden. Wolfgang Raabe wäre ein idealer Kandidat gewesen.

forum: Hast Du Wünsche an die GEW?

HELGA: Eigentlich nicht. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle klappt sehr gut, die mit dem Forum könnte manchmal besser sein. Wir haben einen Etat und kommen gut mit dem Geld aus.

forum: Wie sieht Deine Vision von der GEW im Jahr 2040 aus?

HELGA: Es sollte nur noch Gesamtschulen geben. Die Gymnasien sollten abgeschafft werden.

Die Ausbildung angehender Lehrerinnen und Lehrer ist ja schon mehrfach reformiert worden. Sie muss jedoch noch praxisorientierter und schulnäher ausgestaltet werden. Und: Es dürfen keine Politiker*innen mehr von der FDP ins Kultusministerium!

„Ungleichheit in der Klassengesellschaft“

Schon der Titel seines neuen Buchs ist eine Positionierung. Anlässlich seiner neuesten Veröffentlichung gewährt Prof. em. Christoph Butterwegge uns einen Blick auf seine Arbeit. Eine seiner Thesen, die er davon ableitet: Ungleichheit macht dumm, aber Bildung kann Umverteilung nicht ersetzen. // Christoph Butterwegge, Mitglied der GEW Köln

Kinder aus sozial benachteiligten Familien haben in Deutschland erheblich schlechtere Bildungschancen als der Nachwuchs von finanziell Bessergestellten. Sie werden auf diesem für ihren ganzen Lebens- und Berufsweg zentralen Feld stärker diskriminiert als in fast allen übrigen entwickelten Industriestaaten, wie der internationale Schulleistungsvergleich PISA ergab. Seit dem „PISA-Schock“, der nicht etwa durch diese Bestätigung der Diskriminierung von Armen im hiesigen Bildungssystem, sondern durch das schlechte Abschneiden „unserer“ Schüler*innen beim größten internationalen Schulleistungsvergleich ausgelöst wurde, spielt Bildung eine Schlüsselrolle.

Schulzuweisung an die Betroffenen: Armut durch Bildungsdefizite?

Armut und soziale Benachteiligung führt man in den Massenmedien überwiegend auf die „Bildungsferne“ der Betroffenen zurück. Zweifellos verhindern Bildungsdefizite vielfach, dass junge Menschen auf einem flexibilisierten Arbeitsmarkt sofort Fuß fassen. Auch führt die Armut von Familien häufig dazu, dass deren Kinder keine weiterführende Schule besuchen oder sie ohne Abschluss wieder verlassen. Armut in der Herkunftsfamilie zieht bereits in der Sekundarstufe oftmals dauerhafte Bildungsdefizite der davon betroffenen Kinder nach sich. Der umgekehrte Effekt ist hingegen kaum spürbar: Ein schlechter oder fehlender Schulabschluss verringert zwar die Erwerbschancen und erhöht das Arbeitslosigkeitsrisiko, wirkt sich aber kaum nachteilig auf den Wohlstand einer Person aus, wenn diese vermögend ist

oder Kapital besitzt. Armut macht zwar auf die Dauer eher dumm, Dummheit deshalb jedoch noch lange nicht arm und Klugheit auch selten reich.

Der weit verbreitete Terminus „Bildungsarmut“ ist missverständlich, weil er Ursache und Wirkung vertauscht. Menschen sind nämlich selten arm, weil es ihnen an Bildung fehlt; häufiger fehlt es ihnen an Bildung, weil sie arm sind. Insofern macht Armut auf Dauer eher dumm. Zwischen dem Bildungsgrad und dem Wohlstand einer Person besteht in unserem Land kein unmittelbarer Zusammenhang: Man kann steinreich und strohduhm, aber auch geistreich und bettelarm sein.

Wird so getan, als führten hauptsächlich mangelnde Bildungsanstrengungen zu materieller Armut, fällt ausgerechnet den Betroffenen im Sinne eines individuellen Versagens (ihrer Eltern) die Verantwortung dafür zu, während ihre gesellschaftlich bedingten Handlungsrestriktionen und die strukturellen Hintergründe des Problems aus dem Blick geraten. Bildungsbeteiligung für die einen und Bildungsbenachteiligung für die anderen Kinder ergeben sich jedoch aus den sozioökonomischen Verhältnissen.

Armut verhindert Bildung. Umgekehrt gilt diese Feststellung keineswegs uneingeschränkt: Selbst ein Hochschulabschluss schützt längst nicht mehr vor Armut. Das beweist die Existenz obdachloser Akademiker ebenso wie die relativ hohe Anzahl erwerbsloser, prekär beschäftigter und mittelloser Wissenschaftler*innen. Kinder aus sozial benachteiligten Familien gehören heute zwar zu den größten Bildungsverlierer*innen, ihre Armut basiert jedoch selten auf falschen oder fehlenden Schulabschlüssen, denn die Letzteren sind höchstens Auslöser und Ver-

stärker, aber nicht Verursacher materieller Not. Bildungsdefizite führen allerdings oft zu einer Verfestigung der Armut, weil die Chancen eines Menschen auf dem Arbeitsmarkt heute immer stärker an Kompetenzen gebunden sind, die man an (Hoch-)Schulen erwirbt.

Rechtfertigung der sozioökonomischen Ungleichheit: Aufstieg durch Bildung?

Politikerreden, Wahlprogramme und Diskussionspapiere der etablierten Parteien verheißen sozial Benachteiligten den „Aufstieg durch Bildung“ und sehen in Letzterer den Schlüssel für beruflichen Erfolg, privaten Wohlstand und volkswirtschaftliches Wachstum. Angeblich ermöglichen Bildungsanstrengungen jede*r Bewohner*in einen sozialen Aufstieg. Demnach wären Armut und soziale Ungleichheit wegen der allgemeinen Schulpflicht ein individuelles und kein strukturelles Problem.

Unbestritten ist, dass man aufgrund der erfolgreichen Bewältigung von (Aus-)Bildungsprozessen unter günstigen Umständen einer prekären Lebenslage entkommen und beruflich Karriere machen kann. Bildungserfolge einzelner Personen sind aber keine gesamtgesellschaftliche Lösung für das Problem der Armut und sozialen Ausgrenzung. In einer Marktgesellschaft, wo das Geld so wichtig ist wie noch nie und so ungleich verteilt ist wie noch nie, entscheidet nicht zuletzt das Portemonnaie über die Bildungschancen der Menschen. Ob ein Kind nach dem Schulunterricht auf den Bolzplatz oder in die Ballettschule geht, hängt keineswegs bloß von seinem Geschlecht, sondern vielleicht noch stärker vom Einkommen und vom sozialen Status seiner Eltern ab. Kin-

Armut verhindert Bildung. Umgekehrt gilt diese Feststellung keineswegs. Selbst ein Hochschulabschluss schützt längst nicht mehr vor Armut.

der reicher Eltern sind eindeutig im Vorteil, weshalb man in Abwandlung eines deutschen Sprichwortes sagen kann: Wo eine Villa ist, ist auch ein Weg, sei es zum Abitur, zum Studium und/oder zur beruflichen Karriere.

So wichtig eine gute Bildung für alle ist: Sie versagt als soziale Gleichmacherin ebenso wie als Mittel gegen die Armut. Dies gilt für Deutschland aufgrund seines mehrgliedrigen Sekundarschulwesens noch mehr als für andere entwickelte Industriestaaten. Wären alle Kinder und Jugendlichen, nicht bloß die mit einem Migrationshintergrund, besser gebildet, was ihnen sehr zu wünschen ist, würden sie womöglich nur auf einem höheren Bildungsniveau um die wenigen Arbeits- bzw. Ausbildungsplätze konkurrieren. Es gäbe zwar am Ende mehr Taxifahrer*innen mit Hochschulabschluss und mehr Putzhilfen mit Abitur, aber weiterhin Armut und soziale Ungleichheit.

Gerade eine im Schul- und Hochschulwesen verankerte Gewerkschaft wie die GEW, der ich seit fast 50 Jahren angehöre, muss sich bewusst sein, dass im öffentlichen Diskurs durch eine Fixierung auf Bildung von der Notwendigkeit abgelenkt wird, Maßnahmen der Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen zu ergreifen.



Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat von 1998 bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt. Soeben ist sein neues Buch erschienen.

Man kann steinreich und strohduhm, ab er auch geistreich und bettelarm sein.

Grüne Welle bei den NRW-Kommunalwahlen – deftige Niederlage für die AfD

Einer Nachwahlumfrage des WDR zufolge kommen die drei etablierten Parteien SPD, CDU und FDP bei den 16- bis 24-Jährigen in Köln auf insgesamt 26 Prozent. Auf die LINKE entfallen nur acht Prozent und linksliberal-ökologische Gruppen erhalten zusammen über 60 Prozent (wovon 41 Prozent allein auf die Grünen entfallen). Die AfD spielt bei den jungen Leuten mit drei Prozent keine Rolle. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Je jünger, desto grüner, so könnte man die Entwicklung bei den NRW-Kommunalwahlen kurz zusammenfassen. Stimmen konnten die Grünen sowohl von der CDU wie auch der SPD und von der FDP hinzugewinnen. Zudem profitierte die Partei vom niedrigen Wahlalter, das bei Kommunalwahlen in NRW gilt, und davon, dass die „Generation Klima“ in großer Zahl zur Wahlurne gegangen ist. Insofern basiert der grüne Wahlerfolg auch auf einer Massenbewegung und drückt in gewisser Weise eine systemkritische Entwicklung aus. Das mag einige überraschen, da die Grünen an sich so etabliert und „im System angekommen“ sind wie die anderen altbekannten politischen Parteien.

Bei den letzten Landtagswahlen in NRW vor drei Jahren mussten die Grünen noch erleben, wie sich die Anzahl ihrer Abgeordneten im Düsseldorfer Landesparlament mehr als halbierte. Nach den Kommunalwahlen sind sie nun die große Wahlgewinnerin und stärkste Kraft im Kölner Stadtrat.

Es bleibt abzuwarten, ob B'90/Die Grünen ihren eigenen und vor allen den Ansprüchen ihrer Wähler*innen gerecht werden. Eine durch die Corona-Krise verschärfte Finanzlage der Kommunen wird die Vorzeichen sicherlich noch einmal verändern. Und zu was auch die Grünen in der Lage sind, zeigen nicht nur die Koalitionen, die sie mittlerweile eingehen, sondern auch ihr Verhalten als Regierungspartei bei der Umsetzung der HARTZ-Gesetze Anfang der 2000er Jahre, ihre Beteiligung bei der Einführung der Studiengebühren in NRW

Eine durch die Corona-Krise verschärfte Finanzlage der Kommunen wird die Vorzeichen sicherlich noch einmal verändern.

(2004) und ihre Rolle bei der Umsetzung der sogenannten Inklusion zwischen 2010 und 2017 (in dieser Zeit stellten sie mit Sylvia Löhrmann die Schulministerin).

AfD punktet in sozial schwachen Gegenden

Landesweit betrachtet bedeuten diese Wahlen zwar eine Niederlage für die AfD (so schnitt die Partei in Köln schlechter ab als „ProKöln“, „Republikaner“ und NPD 2004 insgesamt und man blieb auch unter dem Ergebnis von „Pro-Köln“ und AfD von 2014). Doch ist festzustellen, dass die Rechten in armen Randgebieten von Köln und in einigen Städten deutlich besser abschneiden konnten. In Gelsenkirchen, einer der ärmsten Städte Deutschlands, kam die AfD auf 12,9 Prozent. Im Kölner Stadtteil Finkenbergring (Stadtbezirk Porz) kam „die Alternative“ im Stimmbezirk 71602 sogar auf 25,77 Prozent (SPD: 29,45 Prozent; Grüne: 8,59 Prozent). Es gab dort 1.313 Wahlberechtigte, von denen lediglich 181 von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Ähnlich sah es im Stadtteil Ostheim in Stimmbezirk 80501 aus. Auch hier wurde die AfD mit 17,65 Prozent zur zweitstärksten Kraft nach der SPD (24,02 Prozent). 1.712 Personen galten hier als wahlberechtigt und nur 207 gingen in die Wahlkabine.

Insgesamt haben 18.272 Menschen in Köln der AfD ihre Stimme gegeben. Das sollte als Warnung genügen, um weiter wachsam zu sein und aufzupassen, damit es den Rechten nicht weiter gelingen kann, an der Frustration anzuknüpfen und diese rassistisch aufzuladen. - Es ist ein Auftrag auch und gerade für uns als Gewerkschafter*innen!



Es bleibt abzuwarten, ob B'90/Die Grünen ihren eigenen und vor allen den Ansprüchen ihrer Wähler*innen gerecht werden.

US-Lehrergewerkschaft droht mit Streiks, sollten die Schulen ohne ausreichende Corona-Sicherheitsmaßnahmen wiedereröffnet werden

Für den Fall, dass die Schulbehörden und konzernfreundliche Politiker*innen beim Schulstart nach den Sommerferien nicht für angemessene Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen sorgen, empfiehlt die US-amerikanische Lehrergewerkschaft AFT ihren Mitgliedern, „von jeder Aktion und Maßnahme Gebrauch zu machen, die zur Verfügung steht“. // **Chris Carroll, Vertretungslehrkraft vor dem Lockdown in Los Angeles und Teilnehmer des Lehrerstreiks 2019**

Am 28. Juli 2020 hat die „American Federation of Teachers“ (AFT) im Rahmen ihres alle zwei Jahre stattfindenden Gewerkschaftstags eine Resolution verabschiedet, mit der sie „lokale und/oder Streiks auf bundesstaatlicher Ebene im Sinne des Gesundheitsschutzes [...] als letztes Mittel“ unterstützt. Neben der „National Education Association“ (NEA) ist die AFT die zweitgrößte Bildungsgewerkschaft in den USA.

Vorab wurde Plan zur Wiedereröffnung aufgestellt

Zuvor hatte die AFT einen Plan zur Wiedereröffnung skizziert, der auf Grundlage des aktuellen medizinischen Wissensstands umfangreiche Sicherheitsaspekte enthält. Dazu zählen die Beibehaltung von kommunalen Untergrenzen für Infektions- und Reproduktionszahlen, die Überwachung von Krankheitsverläufen, Nachverfolgung von Kontakten und wirksame Quarantäne bzw. Isolierung. Darüber hinaus lautet die Forderung, Schutzmaßnahmen wie z.B. Sicherheitsabstände zu gewährleisten, Mund-Nasen-Masken für das Schulpersonal wie auch die Schüler*innen zur Verfügung zu stellen, für ausreichend Handdesinfektion zu sorgen sowie Mittel und Personal zur Reinigung und Desinfektion der Einrichtungen bereitzu-

stellen. Die Modernisierung von Lüftungsanlagen und der Gebäudesubstanz wird ebenfalls als notwendig erachtet.

Die Erklärung der AFT bringt den Mangel an Vertrauen hinsichtlich der von der Bundesregierung koordinierten Wiedereröffnung der Schulen zum Ausdruck, der bei der Mehrheit der Bevölkerung vorherrscht. Die AFT-Resolution zeigt aber auch, dass arbeitende Menschen nicht besonders zurecht sind, was die Kompetenzen der örtlichen Behörden und Schulämter angeht. Diese müssten eigentlich alles daran setzen, Richtlinien für eine sichere Wiedereröffnung der Schulen aufzustellen, die dem heutigen medizinischen Kenntnisstand entsprechen.

Druck von Lehrkräften und Eltern

Letztlich zeigt das Kompendium aber auch, dass der Vorstand der AFT unter dem Druck der Basis – von Lehrkräften und Eltern steht, die angesichts der Lage nachvollziehbarer Weise extrem besorgt sind. Eine große Zahl von Lehrerinnen und Lehrern ist bereit, aus Gründen des persönlichen wie allgemeinen Gesundheitsschutzes die Arbeit niederzulegen. Dies ist umso mehr bemerkenswert, da die AFT in der Geschichte allzu oft Kämpfe gebremst und zurückgehalten hat.

Nicht nur die AFT-Vorstände haben immer wieder als Bremsklotz gewirkt, wenn

Lehrkräfte zu kämpfen bereit gewesen sind. Das Aufbegehren der Lehrerschaft in den Jahren 2018/19 wurzelte in den Aktionen der Basis und einiger fortschrittlicher Funktionsträger*innen in den örtlichen Untergliederungen. Die Führung von AFT und NEA tat buchstäblich nichts, um diese Kämpfe weiter zu bringen, geschweige denn sie auszuweiten. In einem Interview in der „Education Week“ vom 6. August windete Becky Pringle, die neu gewählte Vorsitzende der NEA, sich um die Frage herum, ob ihre Gewerkschaft Streiks zur Durchsetzung von Corona-Sicherheitsmaßnahmen unterstützen wird oder nicht. Anstatt von offizieller Seite Rückhalt zuzusichern und ausdrücklich den Begriff „Streik“ (die mächtigste Waffe der Beschäftigten, um für sichere und vernünftige Bedingungen in den Schulen zu sorgen) zu benutzen, entschied Pringle sich dafür, den Fokus auf eine Endlos-Taktik zu lenken und sich für Lobbyarbeit unter den Mitgliedern des US-Kongresses auszusprechen.

Kolleg*innen an der Basis nehmen das Heft in die Hand

Im vom Corona-Virus besonders hart getroffenen Bundesstaat Arizona, organisierten mehrere hundert Lehrkräfte und Schulbedienstete eine kollektive Krankmeldung, die dazu führte, dass die Schulbehörde des



Das Kompendium der US-Lehrergewerkschaft AFT zur Wiedereröffnung der Schulen nach den Sommerferien beinhaltet medizinische Erkenntnisse und gewerkschaftliche Forderungen. Es umfasst 13 Seiten!



Mit über zwei Millionen Mitgliedern ist die NEA die größte Gewerkschaft im Bildungsbereich der USA.



Die AFT hat US-weit 1,7 Mio. Mitglieder

nahe der Großstadt Phoenix gelegenen Distrikts J.O. Combs ihren waghalsigen Plan zur Wiedereröffnung der Schulen fallen lassen musste. 2018 erlebte Arizona eine Mitglieder-Ebene unter der gewerkschaftlich organisierten Lehrerschaft, die den Schneid hatte, den Druck im gesamten Bundesstaat zu organisieren, was die „Arizona Education Association“, die der NEA angegliedert ist, letztlich zwang, deren Arbeitskampf zu unterstützen. Durch diesen Streik konnten am Ende wichtige Forderungen durchgesetzt werden. Genau diese Kampfbereitschaft wird von der Ost- bis zur Westküste der USA nötig sein, will man an der konservativ eingestellten Führung der NEA vorbei, die es ablehnt, Kämpfe der Pädagog*innen gegen unsichere und gesundheitsgefährdende Schullöffnungen zu unterstützen.

Streik-Androhung kann schon genügen

Welche Wirkung allein die Androhung eines Streiks haben kann, konnten wir bereits erleben. Erst vor wenigen Tagen drohten die „United Teachers of Los Angeles“ (UTLA) und die „Chicago Teachers Union“ (CTU), die beide der AFT angehören, mit Streikmaßnahmen, um die örtlichen Schulbehörden unter Druck zu setzen. Beide Gewerkschaftsgliederungen wollten, dass die Wiedereröffnung der Schulen zur zweiten

Jahreshälfte verhindert wird. Sowohl in LA wie auch in Chicago ist ein sicherer Schulbetrieb unter den momentanen Umständen und angesichts des aktuellen Handelns der Politik derzeit nicht zu gewährleisten. Hinzu kommt, dass die UTLA Verhandlungen über ein besseres Distanzlern-Programm geführt hat. Das bis zu dem Zeitpunkt von der Schulaufsicht vorgelegte Papier erachtete man als nicht ausreichend.

Dass die AFT nun bundesweit grünes Licht für Streikmaßnahmen gegeben hat, dürfte die Pädagog*innen an der Basis auch ermutigen, sich gegen trügerische Bemühungen auszusprechen, zu denen es in manchen AFT-Untergliederungen noch kommen mag und die auf überhastete Vereinbarungen mit der Arbeitgeberseite hinauslaufen werden, was eine mögliche Schulöffnung angeht.

Jahrzehntelange Kürzungen im Bildungsbereich

Nach Jahrzehnten, in denen Schulen geschlossen und Klassenfrequenzrichtwerte erhöht worden sind, braucht es nun kleinere Klassen, will man die Schulen wieder aufmachen. Das macht die Einstellung von Lehrkräften und die Schaffung von mehr Räumen unumgänglich. Es müssen folglich Gebäude akquiriert werden, die bislang ungenutzt geblieben sind. Auch müssen kurzfristig Räume außerhalb der bestehenden Schulgebäu-

de zur Nutzung in Betracht gezogen werden. Sämtliche Unterrichtsräume und alle Schulen müssen dringend mit angemessenen Belüftungssystemen ausgestattet werden.

Davon und von der Tatsache ausgehend, dass die Schülerschaft besonderen sozialen wie emotionalen Herausforderungen gegenüberstehen, ist es nötig – angesichts der Belastung und Sorge aufgrund der durch die Pandemie bestimmten Realität – weiteres besonders ausgebildetes Personal einzustellen: z.B. Beratungsfachkräfte und Sozialarbeiter*innen. Wir sprechen über personell wie materiell voll ausgestattete Schulen. Es geht um bis ins letzte durchfinanzierte Schulen!

Teile des Polit-Establishments werden versuchen, Eltern und Pädagog*innen auf zynische Weise gegeneinander aufzubringen. So soll abgelenkt werden, von dem, was im Interesse beider wäre: umfassende Investitionen für öffentliche Schulen, finanziert durch eine Reichensteuer.

Die organisierte Arbeitnehmerschaft sollte sich darauf vorbereiten, die Lehrkräfte zu unterstützen und eine Milliardärs-Steuer fordern, um darüber die öffentliche Bildung angemessen finanzieren zu können, sichere Wiedereröffnungen von Betrieben sämtlicher Branchen zu ermöglichen, ein grünes Programm zur Schaffung von Arbeitsplätzen und für den Bau von bezahlbaren Wohnungen.



Garten der Religionen – eine weitgehend unbekannte Oase mitten in Köln

//Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin (Text und Fotos)

Corona-bedingt besuchten die Ruheständler*innen den Garten der Religionen zeitversetzt in zwei Kleingruppen. Versteckt, nur durch eine Toreinfahrt zwischen den Häusern in der Stolzestraße zu erreichen, liegt der Garten der Religionen – eine Oase der Ruhe. Noch bis 1999 hatten hier Jesuiten ihren Klostergarten – abgeschieden von der Welt außerhalb des Klosters. Heute lädt der Garten jeden ein, doch von der klösterlichen Ruhe ist etwas erhalten geblieben.

Wir treffen Anne Plhak, Mitarbeiterin von IN VIA. IN VIA ist ein innovativer katholischer Fachverband innerhalb der Caritas. Neben der Schulsozialarbeit betreut der Verein 26 offene Ganztagschulen in Köln. Ein weiteres Ziel des Vereins ist der interkulturelle und interreligiöse Dialog, bei dem das Anderssein wertgeschätzt wird. Darauf basiert auch die Idee des Gartens der Religionen. An den zehn verschiedenen Stationen fehlen deshalb Lehrtafeln und Erläuterungen.

Wir machten uns nicht auf einen geistlichen „Trimm-Dich-Pfad“, sondern durch Anregungen von Anne Plhak kamen wir über Religionen ins Gespräch. Unsere erste Station war die Glocke. China gilt als Ursprungsland der Glocken. Sie sind für alle Religionen von Bedeutung. Die Friedensglocke von Hiroshima war für uns ein Anknüpfungspunkt, über den wir ins Gespräch kamen.

Aktiv wurden wir dann am „Spiel des Lebens“, das uns wie eine Zielscheibe aufforderte, eine geköpfte Kugel genau in die Mitte zu platzieren. Es war mehr ein Zufall, wenn unsere Kugel die Mitte erreichte. Nicht immer ist der Weg so einfach, wie er aussieht, Versuch und Irrtum, zu Gelingen und Misslingen auf dem Weg zu dem Geheimnis des Lebens ist eine Intention des Spiels. Die Idee dazu stammt von Nikolaus von Kues. Die Kugel galt in der Antike und im Mittelalter als vollkommene Gestalt. Doch im Globoule - so nannte Nikolaus Kues sein Spiel, hat die Kugel eine Delle, es fehlt ihr die eigene Mitte, die wir erreichen wollten.

Die Sonnenuhr konnten wir mangels Sonne nicht ausprobieren. Als Zeiger sollte man selbst fungieren. Wir hätten gerne anhand unseres Schattens die Zeit abgelesen.

Endlose Wüsten sind in jeder der fünf Weltreligionen von Bedeutung. Wir assozi-



ierten damit Orte der Einsamkeit und des Alleinseins. Dagegen erschien uns der Brunnen wie eine Quelle des Lebens. Wasser schafft Leben, reinigt und heilt. In allen Religionen findet man hier Anknüpfungspunkte.

Diese fünf Stationen sind für alle fünf Weltreligionen bedeutungsvoll. Die weiteren Stationen widmeten jeder Religion eine spezielle Fläche und dazu in einem Stein gemeißelte Begriffe, die zu der Religion passen sollten.

Passt die „Treue“ zum Judentum? Schwierig war uns die Einordnung des Wortes „Beziehung“ zum Christentum. Was hat man darunter zu verstehen? Freundschaft, Liebe oder Berufung? Gehört die „Ehrfurcht“ zum Islam. Ehrfurcht ein Wort für eine mit Verehrung einhergehende Furcht. Oder ist damit gemeint: Wenn man das Gefühl einer göttlichen Gegenwart hat, ist man von Ehrfurcht ergriffen. Das Rad der Lehre im Buddhismus beansprucht für sich die Gelassenheit. Für den Hinduismus wurde das Om-Zeichen ausgewählt. Eine genaue wörtliche Übersetzung für Om gibt es nicht wirklich, grob gesagt drückt man damit aber aus: „Alles, was gewesen ist, was ist und noch sein wird.“ Om steht also gleichzeitig für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft – ganz schön viel Inhalt für so eine kurze Silbe. In Stein gemeißelt dazu das Wort Vielfalt.

Der Garten der Religionen ist eine Oase inmitten der hektischen Großstadt. Er befindet sich im Innenhof des Gebäudes Stolzestraße 1a und ist von der Straße aus nicht zu sehen. Besucher müssen durch die Toreinfahrt in den Innenhof gehen. Der Garten ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr frei zugänglich. IN VIA Köln bietet Führungen und Seminare an. Von Oktober 2011 (Eröffnung des Gartens) bis August 2019 kamen 17.245 Besucher in 1.045 Gruppen. Haben Sie Lust und Interesse? Informieren Sie sich bei www.invia-koeln.de.

Spiel des Lebens „Globoule“



St. Severin in neuem Glanz

Seit 2017 ist der Grauschleier raus, die Kapitelle romanischer und gotischer Säulen leuchten wieder. // Helga Löbber, Aktive Ruheständlerin

7,5 Millionen Euro wurden für die Sanierung St. Severins in die Hand genommen – von wem auch immer. Ich nehme an, die römisch-katholische Kirche war wesentlich beteiligt. Deutlich kann man verschiedene Steinarten erkennen. Auf einem römischen Gräberfeld erbaut, wurden auch Grabsteine für den Kirchenbau verwendet. Die heutige Severinstraße war in römischer Zeit die nach Bonn führende südliche Ausfallstraße, quasi die „via appia“ Kölns. Inmitten eines an dieser Straße gelegenen Gräberfeldes baute man im 4. Jahrhundert eine nach Westen ausgerichtete Friedhofskapelle, die man dann ständig aus- und umbaute. 17 Bauphasen hat es gegeben, wobei Bischof Bruno im 10. Jahrhundert den Kernbau veranlasste.

Für einen Teil seiner Ausführungen ließ uns Markus Juraschek-Eckstein im Chorgestühl Platz nehmen. Der Chor wurde 1237 angelegt und aus dieser Zeit stammt auch das schön geschnitzte Chorgestühl. Geradezu mit Ehrfurcht ließen wir uns auf dem historischen Holz nieder. Es ist das älteste Chorgestühl des Rheinlandes. Am Boden des Chores kann man Reste eines geometrischen Musters aus weißem und schwarzem Marmor erkennen, das „opus alexandrinum“.

948 weihte Erzbischof Wichfried die Krypta, nun hatte er auch was Eigenes. Für mich der schönste Raum der Kirche, der zum Innehalten und zu friedlichen Gedanken einlädt. Ich kenne viele Politiker*innen hier und jenseits des großen Teichs, die man zum Nachdenken in diese Krypta setzen sollte.

1237 nach erneutem Umbau der Kirche errichtete man hinter dem Hochaltar, auf vier Säulen stehend, ein Gehäuse, in dem der Schrein – weithin über dem Altar zu sehen – untergebracht wurde, so dass auch heute noch bei einer Prozession vom Dunkeln zum Licht, von Nord nach Süd, der Segen des Heiligen auf die Gläubigen herunterrieseln kann. Dieser Prozessionschor war und ist für Laien zugänglich. Da Severin auch für das Wetter zuständig sein soll, kann es sicherlich nicht schaden, vor dem Urlaub unter dem Schrein einherzugehen.

Das Waldlabor – ein lohnenswerter Ausflug in Coronazeiten

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin (Text und Fotos)



Im Energiewaldbereich wurden besonders schnell wachsende Bäume (Pappeln und Weiden) angebaut, die innerhalb von kurzen Zeitintervallen (z. Zt. nach 3 Jahren) „geerntet“ und zu Holzhackschnitzeln verarbeitet werden können. Die Holzhackschnitzeln können dann zur CO₂-neutralen Wärme- und Stromerzeugung eingesetzt werden, deshalb Energiewald. Energiewälder bieten nicht nur eine Möglichkeit zur regionalen Energieversorgung, sie tragen auch zur Auflockerung der landwirtschaftlichen Flächennutzung bei und bieten zudem einen Lebensraum für Tiere. Diese „Holzplantagen“ sollten allerdings keinen natürlichen Wald verdrängen, weil dieser einen deutlich höheren ökologischen Wert hat und mehr Vielfalt für die Natur bietet.

Den Bereich des Wildniswaldes haben wir uns leider nicht mehr ansehen können. Herr Hundt informierte uns, dass auf dieser Fläche nur 40 Prozent bepflanzt wurde. Seitdem lässt man der Natur freien Lauf und beobachtet, wie sich der Wald entwickelt. Er bekommt keinerlei Pflege, die die Entwicklung der Bäume unterstützt. Um nun die Frage zu beantworten, ob ein Wildniswald etwas fürs Auge zu bieten hat oder ungepflegt und unattraktiv wirkt, müssen wir uns nochmal ins Waldlabor aufmachen. Vielleicht haben Sie nach unserem Bericht auch Lust dazu?

Das Waldlabor Köln befindet sich an der Bachemer Landstraße zwischen der Haltestelle Stüttgenhof und der Autobahn A4. Parkplätze stehen am Waldlabor leider nicht zur Verfügung. Besucher können die Stellflächen in der Nähe der Gastwirtschaft ‚Haus am See‘ nutzen. Die Aufforstungsfläche ist aber auch gut mit der Stadtbahnlinie 7, Haltestelle Stüttgenhof, zu erreichen. Ein Besuch lohnt ...

Das Kölner Waldlabor hat den Titel „Ausgezeichnetes Projekt der UN-Dekade Biologische Vielfalt“ erhalten. Der Preis geht an vorbildliche Projekte, die sich in besonderer Weise für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen. Das Waldlabor wurde vor zehn Jahren gegründet und ist ein Gemeinschaftsprojekt von Toyota Deutschland, der Rhein-Energie AG und der Stadt Köln.

Unter sachkundiger Führung des Großstadtförsters Michael Hundt machten sich 17 sonnenresistente Senioren an einem schwül heißen Nachmittag auf, das Gelände des Waldlabors zu erkunden. Das 25 ha große Areal ist in vier Themenfelder unterteilt: dem Wandelwald, dem Klimawald, dem Energiewald und dem Wildniswald. Neue Gehölze und Waldbilder sollen erforscht werden, die Erkenntnisse darüber bringen, wie der Wald der Zukunft aussehen könnte und wie dieser zu bewirtschaften wäre.

Der Wandelwald wurde im Rahmen der Aktion „Ein Wald für Köln“ mit Hilfe von Spenden Kölner Bürger aufgeforstet. In ihm stehen verschiedene Baumarten, die deutlich von dem gewohnten, unter rein forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengesetzten „Wald“ abweichen. Unser fachmännischer Forstbegleiter Herr Hundt er-

klärte, dass bei der Auswahl der Baumarten u.a. ästhetische Aspekte wie Rindenbildung, Herbstfärbung, Blüte, Wuchs- und Blattform eine Rolle spielten. So entdeckten wir neben Birken und Eiben, die Elsbeere, die Vogelkirsche, den Feldahorn und die Esskastanie. Als Nadelbäume finden sich in diesem Bereich die Küstentanne und die Douglasie, beides Bäume, die mit dem Klimawandel besser zurechtkommen als die bei uns übliche Fichte.

Die Veränderung des Klimas mit Hitze und wenig Niederschlag im Sommerhalbjahr wirft die Frage auf, welche Baumarten künftig in Stadtwäldern gedeihen können. Die ausgewählten Bäume im Bereich des Klimawaldes sind besonders trockenheitsresistent - eine Eigenschaft, auf die es beim erwarteten Klimawandel besonders ankommt. Im Waldlabor testet die Forstverwaltung die Eignung dieser Baumarten unter Kölner Standortbedingungen. Neben den schon im Wandelwald angepflanzten Arten (Küstentanne, Elsbeere und Walnusssbaum) sind das die Flaumeiche, der Blauglockenbaum und die Mehlbeere. Die Flaumeiche kommt aus der Mittelmeer- und Schwarzmeerregion. Sie kommt mit extremer Trockenheit zurecht, wird 12 m - 20 m hoch und fällt durch ihre knochige Erscheinung auf. Ihr ökologischer Wert ist laut unserem Forstbegleiter sehr hoch.

Einladung zu einer literarischen Krippenführung mit Markus Juraschek-Eckstein

Mittwoch, 16.12.2020 um 16.00 Uhr

Treffpunkt: St. Andreas, Komödienstr. 4-8

Wir sehen uns auch noch die Krippen in St. Mariä Himmelfahrt und St. Mariä Empfängnis an.
Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Telefon: 0221-516267, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall bitte auch wieder abmelden.
Die Teilnehmerzahl ist auf 15 begrenzt

Einladung zum Kunstgespräch der Ausstellung „Jawlensky Gesicht - Landschaft – Stilleben“

Das Kunstmuseum Bonn ermöglicht unter Berücksichtigung der Corona-Hygiene-Auflagen Kunstgespräche und zwar Folgendermaßen:

Nach einer durch eine Bilder-Projektion begleiteten Einführung in die Ausstellung durch eine(n) Kunstvermittler*in werden wir mit diesen Informationen und Anregungen selbständig die Ausstellung besuchen. Abschließend gibt es die Möglichkeit, den/die Kunstvermittler*in im Foyer wiederzutreffen, um sich auszutauschen, Fragen zu stellen und Gespräche zu führen.

Dies ist möglich am Donnerstag, dem 14. Januar 2021.

Treffpunkt im Foyer des Kunstmuseums Bonn, Museumsmeile um 11.20 Uhr
Beginn: um 11.30 Uhr
Mundschutz nicht vergessen!

Kosten: 5 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zu einem historischen Gang durch Deutz, von Alt St. Heribert bis zum Deutzer Bahnhof mit Markus Juraschek-Eckstein

Montag, 22. Februar 2021, 10.00 Uhr,

Treffpunkt: Alt St. Heribert am Rhein
Kosten: 10 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW-Geschäftsstelle verbindlich anmelden (Telefon: 0221-516267, E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und im Verhinderungsfall bitte auch wieder abmelden.

Die Teilnehmerzahl ist auf 25 begrenzt

Aus redaktionellen Gründen veröffentlichen wir die Antwort unserer Geschäftsführerin Eva-Maria Zimmermann auf den Brief der Willy-Brandt-Gesamtschule an dieser Stelle. Sie bezieht sich auf das Schreiben des dortigen Kollegiums, das auf Seite 16 dieser Ausgabe zu finden ist. // Die „forum“-Redaktion

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen der Willy-Brandt-Gesamtschule, Köln, den 9.10.2020

wir haben euren Brandbrief zur aktuellen Situation an eurer Schule erhalten, für den wir euch von ganzem Herzen danken möchten. Wir können euch versichern, dass ihr mit eurem Anliegen nicht alleine seid: Ganz ähnliche Rückmeldungen haben wir von vielen Kolleg*innen bekommen (siehe auch die beigefügte Presseerklärung der GEW Köln mit vielen Original-Zitaten von Lehrkräften zur Situation direkt vor Ort). Ebenso möchten wir euch an dieser Stelle ganz klar sagen: **Wir als GEW Köln stehen absolut hinter euren Forderungen und unterstützen euch in eurem Anliegen!** Wie besprochen werden wir euren Brandbrief auch gerne an die Presse weiterleiten.

Seit Beginn der Coronakrise sind wir als GEW ständig in Gesprächen mit dem MSB, der Landesregierung sowie mit den Schulträgern vor Ort, um auf die Situation an den Schulen aufmerksam zu machen und um dafür zu kämpfen, dass Gesundheitsschutz und Bildungsgerechtigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern die politischen Entscheidungsträger*innen in Bund, Land und Kommune immer wieder auf, ihrer Verantwortung nachzukommen und die Schulen nicht so im Stich zu lassen frei nach dem Motto: „Die Schulen da unten werden es schon irgendwie hinbekommen“. Im April diesen Jahres haben wir als GEW Köln anlässlich der unvorbereiteten Schulöffnungen einen **Offenen Brief an die Landesregierung, Herrn Laschet und Frau Gebauer** geschrieben, der innerhalb kürzester Zeit von über 35.000 Unterzeichner*innen mitgezeichnet wurde. Durch den Offenen Brief haben wir es erreicht, eine große Öffentlichkeit für die Anliegen der Kolleg*innen und Schüler*innen vor Ort zu schaffen – wir waren mehrfach in der Presse und im Fernsehen mit ganz konkreten Situationsberichten von Kolleg*innen vor Ort (focus, Kölner Rundschau, Kölner Stadtanzeiger, Radio Köln, Frontal21, SternTV, RTL West, uvm). Gespräche mit dem MSB (seitens der GEW NRW) und der Stadt Köln als Schulträger (seitens der GEW Köln) folgten. Im Juni haben wir zu einer **Kundgebung „Bildungsalarm“** auf dem Hans-Böckler-Platz aufgerufen (selbstverständlich unter Einhaltung sämtlicher Corona-Schutzmaßnahmen), um auf die Missstände in allen Bildungsbereichen aufmerksam zu machen. Am Bildungsalarm haben auch Kolleg*innen aus den verschiedensten Schulformen teilgenommen und gegen all das protestiert und all das gefordert, was ihr in eurem Brandbrief anspricht. Nach den Sommerferien haben wir als GEW Köln eine **Umfrage unter unseren schulischen Mitgliedern** gestartet, wie der Schulstart mit vollen Klassen unter Corona-Bedingungen vorstatten gegangen sei. Die zahlreichen teils sehr erschreckenden Rückmeldungen belegen eindeutig: Mit „Regelbetrieb“ hat die derzeitige Situation nichts zu tun, auch wenn das MSB dies immer wieder beteuert. Aus all diesen Rückmeldungen direkt aus den Kollegien haben wir eine **ausführliche Presseerklärung zum Schulstart unter Corona-Bedingungen** veröffentlicht, die wiederum von einschlägigen Kölner Medien wie dem Stadtanzeiger, der Rundschau oder Radio Köln aufgegriffen wurde. Die Presseerklärung, die viele Original-Zitate von Kolleg*innen enthält, die 1:1 das widerspiegeln, was auch ihr in eurem Brandbrief verdeutlicht, fügen wir euch bei. Es lohnt sich sehr, diese zu lesen, denn darin wird sehr deutlich, dass ihr mit eurem Anliegen nicht alleine dasteht, sondern es viele Kolleg*innen ganz genauso sehen.

Alle Rückmeldungen, die wir als GEW bekommen, zeigen, dass die Kolleg*innen vor Ort trotz all dieser widrigen Umstände alles dafür geben, um den Schüler*innen die bestmögliche Bildung zuteil werden zu lassen. Wenn irgendetwas in diesen so schwierigen Zeiten auch nur halbwegs funktioniert, so liegt dies nicht daran, dass das MSB oder die Schulträger entsprechend gute Arbeit geleistet hätten, sondern ist vielmehr all den engagierten und hochmotivierten Kolleg*innen vor Ort zu verdanken. **Dafür gebührt euch allen unser allergrößter Respekt! Ihr habt vollkommen Recht, wenn ihr nicht zuletzt auf diesem Hintergrund auch vonseiten der politischen Entscheidungsträger*innen eine entsprechende Wertschätzung einfordert. Das können wir nur mit Nachdruck unterstreichen!**

Uns als GEW ist es außerdem ein wichtiges Anliegen, euch an dieser Stelle zu verdeutlichen, wieso es so dermaßen wichtig ist, dass sich die Kollegien organisieren und ihren Unmut an die Entscheidungsträger*innen herantragen so wie ihr es in eurem Brandbrief getan habt: „Die“ Gewerkschaft, das sind nicht die wenigen Hauptamtlichen und auch nicht die eine Vorsitzende oder stellvertretenden Vorsitzenden, sondern das seid ihr alle, die aktiven Mitglieder! Alleine aus der Kraft der Solidarität der Vielen zieht eine Gewerkschaft ihre Stärke, jede*r Einzelne ist hierbei wichtig. Dies bedeutet in der derzeitigen Situation: Selbstverständlich gehen wir mit dem MSB, der Landesregierung und den Schulträgern in Gespräche und tragen all die Anliegen unserer Mitglieder an die Entscheidungsträger*innen heran. Das alleine reicht aber nicht. Um etwas grundlegend zu bewegen, muss unbedingt ein entsprechend starker Druck direkt aus der Basis, direkt von den Lehrkräften vor Ort kommen. Nur wenn die politischen Entscheidungsträger*innen das klare Signal direkt aus verschiedensten Kollegien bekommen, dass die schulischen Beschäftigten so nicht mehr weiterarbeiten können, können sie diesen Druck nicht mehr länger ignorieren. Deshalb sind wir euch als GEW als Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft so dankbar für eure Initiative mit dem Brandbrief. Deshalb haben wir ständig unser Ohr in den Kollegien, erfragen direkt bei den Kolleg*innen konkrete aktuellen Handlungsbedarf und deshalb bringen wir euch alle zusammen und geben immer wieder Raum für den so notwendigen gemeinsamen Protest. **Wir müssen uns alle zusammensetzen und kollektiv für das kämpfen, was wir uns alle so sehr wünschen: dass endlich Rahmenbedingungen geschaffen werden, die gutes Lehren und Lernen für alle langfristig und gesichert ermöglichen.**

Wir möchten euch daher einladen, uns jederzeit zu kontaktieren und von der Situation vor Ort zu berichten. Wir möchten euch einladen, zusammen mit uns und Kolleg*innen von anderen Schulen den politischen Entscheidungsträger*innen klarzumachen, dass es so nicht weitergeht. Es wäre so wichtig, dass sich möglichst viele an Aktionen wie unserem Bildungsalarm im Juni beteiligen, um zu verdeutlichen, dass es sich hier nicht um eine Handvoll Unzufriedener handelt, sondern um eine große Mehrheit. An all unseren derartigen Aktionen können sowohl GEW-Mitglieder als auch Nicht-Mitglieder teilnehmen. **Wer von euch noch nicht GEW-Mitglied ist, sei ganz herzlich dazu eingeladen, dies zu werden – denn wie gesagt, jede*r Einzelne zählt, denn nur gemeinsam sind wir stark und nur gemeinsam können wir etwas bewegen.**

In diesem Sinne: Wir stehen hinter euch und euren Forderungen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bleibt gesund!

// Geschäftsstelle //

Pressemitteilung vom 21.10.2020: Ideenlose Schulpolitik des Ministeriums stellt sich gegen Empfehlung des RKI und ignoriert Fürsorgepflicht für Arbeits- und Gesundheitsschutz

Nachdem die Pandemie bereits Mitte März voll zugeschlagen hatte, würde man erwarten, dass das Schulministerium mittlerweile mehr als genügend Zeit gehabt hätte, Lösungen zu erarbeiten, die Infektionsschutz und Bildungsgerechtigkeit gleichermaßen sicherstellen. Während die Infektionszahlen derzeit aufgrund der Jahreszeit erwartungsgemäß stark ansteigen, wird hingegen deutlich: Das Schulministerium entzieht sich seiner Verantwortung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und setzt somit die Gesundheit sowohl der Lehrkräfte, der Schüler*innen als auch der Personen aus Risikogruppen in der Gesellschaft fahrlässig aufs Spiel.

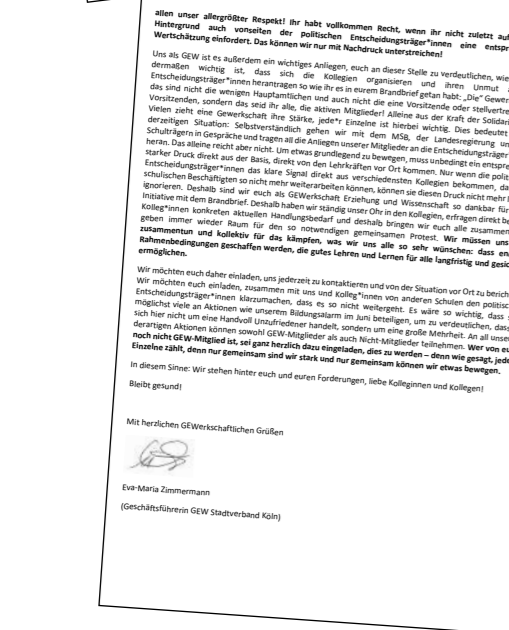
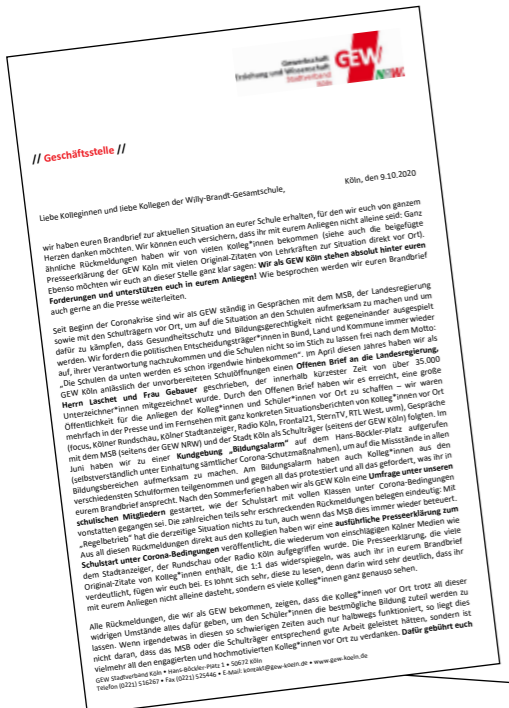
„Wenn Frau Gebauer behauptet, die Schulen seien sicher, so entspricht dies nicht der Wahrheit: Die NRW Gesundheitsämter melden, dass 11% der Infektionsketten auf Schulen und Kitas zurückgehen, mehrere Städte in NRW hatten bereits vor den Herbstferien offen zugegeben, dass bei ihnen Schulen Hotspots seien. Zudem ist das derzeitige Infektionsgeschehen nicht mehr vergleichbar mit dem von vor den Ferien: Köln liegt beispielsweise mit einer Inzidenzzahl von 104,5 (Stand 21.10.) deutlich über dem Risiko-Schwellenwert von 50 und meldet, dass 40% der Infektionsketten nicht nachvollzogen werden können. In einer solchen Situation von Schulen als „sichere Orte“ zu sprechen, wenn dort keinerlei Abstandsregeln gelten, ist schlichtweg eine Farce“, so GEW-Geschäftsführerin Eva-Maria Zimmermann.

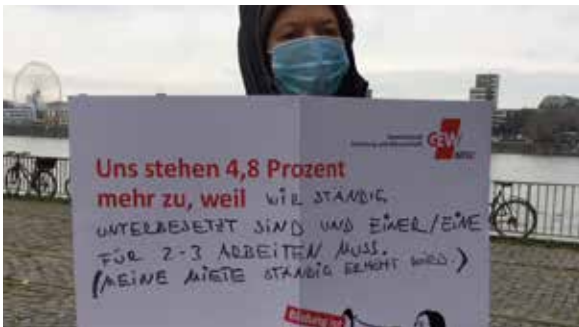
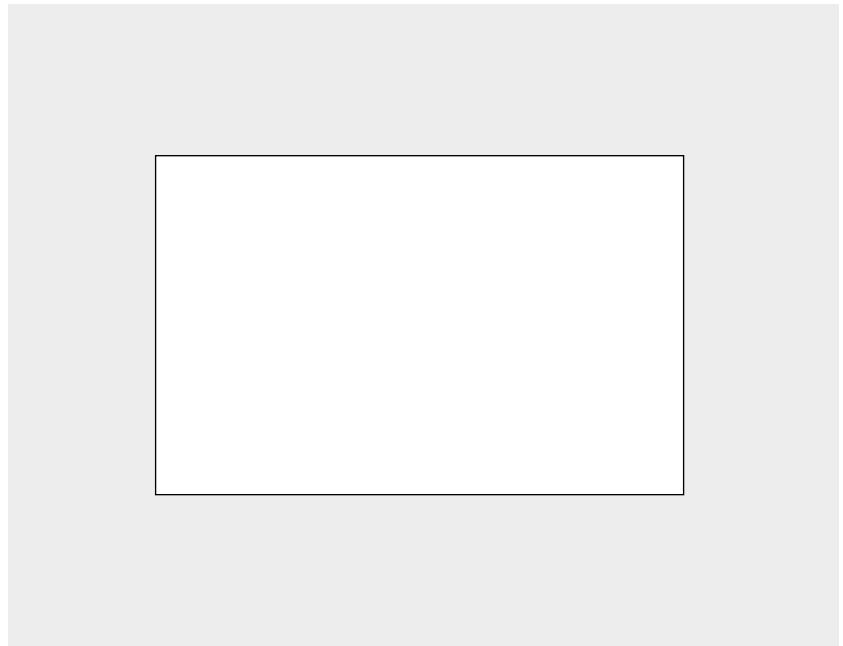
Das RKI hatte Empfehlungen für den Infektionsschutz an Schulen herausgegeben, die bei Überschreitung des Schwellenwerts von 50 u.a. vorsehen, dass die Klassen wieder geteilt und im Schichtbetrieb unterrichtet werden sollten sowie dass zusätzlich eine Maskenpflicht in allen Jahrgangsstufen eingeführt werden sollte. Bis auf die Maskenpflicht an weiterführenden Schulen und Hinweise zum korrekten Lüften hält es das Land NRW aber offenbar nicht für notwendig, für den Gesundheitsschutz der Lehrkräfte, der Schüler*innen und letztlich auch der Kontaktpersonen im Umfeld der Betroffenen zu sorgen. Auch auf Nachfragen hin macht Frau Gebauer deutlich, dass sie die Empfehlungen des RKI ignoriert:

„Die Antwort der Ministerin, das RKI sei für Gesundheitsschutz und sie eben für Bildung zuständig, zeigt, dass sich das Land NRW seiner Fürsorgepflicht für Arbeits- und Gesundheitsschutz wissentlich entzieht. Das ist ein Skandal und grob fahrlässig! Es ist doch völlig uneinsichtig, wieso in Schulen volle Klassen dicht an dicht beisammensitzen, während man sich in der Kölner Öffentlichkeit nur noch mit 5 Personen bzw. 2 unterschiedlichen Haushalten treffen darf und Abstand halten soll. Das Virus macht keinen Unterschied, ob es sich um eine Party oder eine Schulklasse handelt! Wir fordern die Landesregierung dazu auf, endlich der Realität ins Auge zu sehen, ihrer Verantwortung nachzukommen und Infektionsschutz und Bildungsgerechtigkeit gleichermaßen sicherzustellen! Gerade um den Schüler*innen auch in dieser schwierigen Zeit eine möglichst gute Anbindung an Schule zu ermöglichen, wäre es doch dringend geboten, rechtzeitig in einen Schichtbetrieb mit Abstand zu wechseln, um keine flächendeckenden Schulschließungen zu riskieren. Wir hoffen, dass die Stadt Köln als Schulträger mehr Verantwortung übernimmt und entsprechend auf die steigenden Infektionszahlen reagiert“, so Zimmermann weiter.

Einziges Lichtblick in der heutigen Pressekonferenz war die Zusage über eine finanzielle Unterstützung von Schulen zur Beschaffung von Luftfiltergeräten für Räume, deren ausreichende Lüftung nicht sichergestellt ist. Allerdings werden diese nicht direkt nach den Herbstferien zur Verfügung stehen, sondern erst nach entsprechender Beantragung – viel zu spät, um diese Räume direkt nutzbar zu machen. „Die entsprechende sehr berechtigte Frage eines Journalisten quitierte Gebauer mit einem Lachen – das uns als GEW und den Betroffenen an Schulen im Halse stecken bleibt angesichts der derzeitigen Situation. Wir hätten uns zudem Luftfiltergeräte für alle Schulen gewünscht, zumal diese die Viruslast nachweislich um bis zu 90% reduzieren, aber auch diese Chance wurde vertan“, bedauert die Gewerkschafterin abschließend.

GEW Stadtverband Köln • Hans-Böckler-Platz 1 • 50672 Köln
Telefon (0221) 516267 • Fax (0221) 525446 • E-Mail: kontakt@gew-koeln.de • www.gew-koeln.de





Erst wollten die Arbeitgeber eine Nullrunde, dann boten sie 3,5 % für drei Jahre ...



An insgesamt 21 Streiktagen beteiligten sich rund 175.000 Gewerkschaftsmitglieder – auch die GEW Köln zusammen mit Kolleg*innen der GEW Bonn

Tarifrunde TVöD 2020 – Das Ergebnis:

Laufzeit: 28 Monate (bis 31.12.2022)

300 bis 600 Euro steuerfreie Corona-Prämie noch im Jahr 2020

1,4 % mehr Gehalt zum 1.4.2021, mindestens aber 50 Euro (25 Euro für Auszubildende/Praktikant*innen)

1,8 % mehr Gehalt zum 1.4.2022 (25 Euro für Auszubildende/Praktikant*innen)

Die Jahressonderzahlung wird für kommunale Beschäftigte in den Entgeltgruppen S 2 bis S 9 bzw. EG 1 bis 8 wieder erhöht: In den westlichen Ländern um fünf Prozentpunkte in 2022, in den östlichen Ländern um zwei Prozentpunkte in 2022 und drei Prozentpunkte in 2023.

Arbeitszeitangleichung Ost: 39,5 Stunden ab 2022, 39 Stunden ab 2023

Arbeitgeber verweigern Übertragung des Ergebnisses auf die Kolleg*innen des ÖPNV!

Nähere Informationen auf Seite 11.